

Hume's und Rousseau's
Abhandlungen
über den
U r v e r t r a g
nebst einem
Versuch über Leibeigenschaft
den
Liefländischen Erbherren

gewidmet

von

G. M e r k e l.

Erster Theil.

Leipzig 1797,
bey Heinrich Gräff.



E i n e r
Edeln und Hochwohlgebohrnen
Liefländischen
R i t t e r s c h a f t

z u
menschenfreundlicher Beherzigung
gewidmet.

F i n e r

Edeln und Hochwohlgebornen

Liebswürdigen

R i c h t e r

u n d

hochachtungsvoller Huldigung

Ergebenheit

Hochwohlgebohrne Herren!

Die meisten Menschen handeln
nur deshalb tadelhaft, weil sie
ihren Handlungen zu nahe ste-
hen, um sie richtig beurtheilen

zu können *): Dann ist es aber die Pflicht des Entferntern, ih-

*) Erlauben Sie mir, einen erschütternden Beleg dazu zu geben. Zween vortreffliche Männer, die sich auf dem Landtage von 1795. als die großmüthigsten Vertheidiger der Letten auszeichneten, hatten gleichwohl, wie Sie wissen, kurz vorher einen Contract geschlossen, vermöge dessen zweihundert ihrer Mitbürger aus ihrer Heimath, und ihrer selbst erbauten Hütte gerissen und wie eine willenlose Heerde in eine entlegene Gegend abgeführt wurden, wo sie Einöden urbar machen mußten, ein Loos, das die Regierung nur über Verbrecher verhängt. Wie kamen Sie, grade Sie zu dieser Handlung? — Ich erfuhr den ganzen Vorgang erst in Teutschland, von ihrem erbittertsten Feinde, der sich auch als den meinigen gezeigt hat. „Sehen sie da,“ sagte er höhnisch zu mir, „sehen sie da „ihre Helden!“ Leider bestätigen auch ihre Freunde den Vorgang.

nen zu sagen, was das sey, was sie thaten. Wirklich Gutmeinende werden ihm Dank dafür wissen, und, wenn es dessen bedarf, der Form seiner Erinnerung um der Absicht willen, nachsehen; die übrigen aber werden toben, vielleicht alles in Bewegung setzen, sich zu rächen. Beides muß der Rechtsschaffene als Lohn seiner Bemühung, als Gewährleistung ansehen, daß er nicht vergebens arbeitete.

Mit völliger Ruhe also über die Folgen dieses Schrittes in

Rücksicht auf mich, nehme ich mir die Freiheit, Ihnen, Hochwohlgebohrne Herren, nachstehende Schriften zu dediciren. Rousseaus männliche Beredsamkeit möge Feuerfunken in den Busen eines jeden von Ihnen schütten, der es bedarf, und erfüllt von der Idee des vollkommensten Staates, wende er dann den Blick auf das Gemälde der unseligsten Verkrüppelung, deren die menschliche Gesellschaft fähig ist. In seiner ganzen Furchtbarkeit ergreife ihn der Gedanke, daß sein eignes Vaterland durch seinen eigenen

Stand diese Verkrüppelung erlitt,
Möchte doch das Resultat davon
der allgemeine Entschluß seyn,
der schon in dem Busen manches
Großmüthigen von Ihnen reift,
durch einen Schritt den recht-
lichen Widerwillen jedes Men-
schenfreundes gegen den
Stand der Erbherren, in Ehr-
furcht gegen die dermalig-
en Glieder desselben in
Liefand, zu verwandeln!

Mit der aufrichtigsten Ver-
ehrung jedes edeln Mannes in

Ihrem Mittel, hab' ich die Ehre
zu seyn

Hochwohlgebohrne
Herren,

Dero

Leipzig,
den 12ten Jänner,
1797.

gehorsamster Diener,
G. Merkel.

Vorbericht.

Bey gegenwärtiger Arbeit hatte ich eine höhere Absicht, als teutsch auszudrücken, was Hume und Rousseau englisch und französisch schrieben. Ich unternahm sie, weil es mir schien, daß sie beitragen könne, manche verkehrte Vorstellungen zu berichtigen, die in meinem Vaterlande nur zu herrschend sind und die es unglücklich ma-

chen. Gleichwohl hoffe ich, auch einem Theile des lesenden Publikums in Teutschland nicht ganz unnütz gewesen zu seyn.

Die Uebersetzung des Contrat social von 1763. existirt nur noch in den Bücherverzeichnissen und die Cramer'sche erscheint in den sämtlichen Werken Rousseau's in einer zu zahlreichen Gesellschaft, um von vielen angeschafft werden zu können. Das, glaub' ich, ist eine der Hauptursache, warum dies Meisterwerk, das selbst die Politik an Menschenwürde glauben lehrte, in Teutschland fast zu den höhern Wesen gehört, die jedermann nennt und niemand kennet. Ich darf nicht hof-

fen, alle philologische Klippen in demselben vermieden zu haben, aber — wie gesagt, ich strebte nach etwas mehr, als Uebersetzer-Ehre.

Hume's Abhandlung füge ich bey, weil es prüfenden Lesern angenehm seyn muß, die Vorstellung derselben Sache von zween solchen Männern vergleichen zu können. Wie Hume übrigens zu mancher Behauptung kam, die von seiner Feder überraschen muß, weiß ich nicht. Er war einst Rousseau's Freund, zerfiel aber bald mit ihm: zur Ehre der Philosophie müssen wir annehmen, daß dieser Umstand nichts erklärt.

Der angehängte Versuch über Leibeigenheit, kann freilich für die glück-

lichen Bewohner Deutschlands, wo die wahre Leibeigenheit nirgend mehr existirt, und der Adel schon so lange Optimatenstand ist, kein anderes Interesse haben, als das allgemeine der Menschheit. Wohl uns, daß dies immer mehr als das wichtigste anerkannt wird!

H u m e
über
den U r - V e r t r a g.

Handwritten signature:
Hume
Glasgow 1771

Keine Parthey kann sich in dem gegenwärtigen Zeitalter gut aufrecht erhalten, ohne ein System von philosophischen oder spekulativen Grundsätzen mit ihrem politischen oder praktischen zu verbinden. Wir sehen daher, daß jede Faktion ein Gebäude der ersten Art aufgeführt hat, um die Pläne, die sie verfolgt, zu beschützen und zu verdecken. Der groſse Haufe ist aber gewöhnlich ein sehr ungeschickter Baumeister, vorzüglich im spekulativen Fach, und zwar dann besonders, wenn er vom Partheyeifer geleitet wird: man kann sich also leicht vorstellen, daß seine Arbeit ein wenig unförmlich ausfallen,

und sichtliche Zeichen der Hefigkeit und Eile tragen muß, in der sie aufgethürmt ward. Die eine Parthey leitet die Oberherrschaft von der Gottheit her, und bemüht sich, sie dadurch so heilig und unverletzlich zu machen; daß es, sey sie auch noch so tyrannisch, nicht viel weniger als Heiligthums-Schändung seyn müßte, sie anzugreifen oder zu bestreiten. Die andere Parthey gründet die Herrschaft völlig auf die Beystimmung des Volkes, und setzt eine Art von Urvertrag voraus, durch den die Unterthanen sich stillschweigend das Recht vorbehalten haben, ihrem Beherrscher zu widerstehen, sobald sie sich von der Gewalt gedrückt fühlen, die sie ihm zu gewissen Zwecken freywillig anvertrauten. Das sind die speculativen Grundsätze beyder Partheyen; das sind auch die praktischen Folgerungen die sie aus denselben ziehen.

Ich wage zu behaupten, daß diese Systeme, speculativer Grundsätze, beyde gegründet sind, obgleich nicht in dem Sinne, den die Partheyen in sie legen; — und daß die praktischen Folgerungen, die man aus beyden zieht, vernünftig sind, obgleich nicht in der Uebertreibung, zu der jede Parthey, der andern Wehe zu thun, gewöhnlich sie auszu dehnen sucht.

Die Gottheit ist die ursprüngliche Urheberin jeder Oberherrschaft: das wird niemand läugnen der eine allregierende Vorsehung annimmt und eingesteht, daß alle Begebenheiten in der Welt, nach einem übereinstimmenden Plane geleitet, weise Absichten bezwecken. Da das Menschengeschlecht unmöglich ohne den Schutz einer Regierung, wenigstens in einem angenehmen und sichern Zustande leben konnte, so mußte das wohlthätige Wesen, welches das Glück aller seiner Geschöpfe will,

gewiß eine solche Einrichtung zur Absicht haben. Noch mehr! Sie hat wirklich allgemein in allen Ländern, in allen Zeitaltern Statt gehabt: also mußte sie nothwendig mit dem Willen des allwissenden Wesens übereinstimmen, das nie bey irgend einer Begebenheit oder Wirkung einen Mißgriff thun kann. Aber da es dieselbe nicht durch besondere oder wunderbare Einmischung einführte, sondern durch seine verborgene und allgemeine Lenkung, so kann kein Herrscher der Stadthalter desselben genannt werden, als in dem Sinne, in welchem man jede andere Macht oder Kraft, die doch auch von ihm her stammt, die Vollstreckerin seines Willens nennen kann. Alles was wirklich geschieht, gehört in den allgemeinen Plan der Vorsehung, und der größte und rechtmäßigste Fürst kann aus diesem Grunde nicht mehr Anspruch auf besondere Heiligkeit oder unverletzliches An-

sehen machen , als jede geringere Magistratsperson , oder sogar ein Usurpateur, oder selbst ein Straßsen - oder Seeräuber *). Derselbe göttliche Oberregent, der aus weisen Absichten einem Titus oder Trajan Gewalt verlieh, ertheilte sie, ohne Zweifel aus eben so weisen obgleich unerkannten Absichten, auch einem Borgia oder Angria. Dieselben Ursachen, welche die höchste Gewalt in jedem Staate einführten, begründeten auch jede kleine Gerichtsbarkeit in demselben, und jede

**) Sollte man es glauben? Ein gewisser sehr gebildeter Edelmann in Liefland rechtfertigt gewöhnlich seine Gewaltthätigkeiten gegen die Bauern mit dem biblischen Spruche: Gehorche dem, der Gewalt über dich hat. — Vergleiche das 4te Kapitel des 1sten Buchs von Rousseaus folgendem Werke.*

beschränkte Autorität. Ein Policeybeamter verwaltet daher, eben so gut wie ein König, ein Gottverliehenes Amt, und besitzt ein eben so heiliges Recht.

Erwägen wir, daß alle Menschen einander beynahe gleich sind an körperlichen Kräften, ja, sogar an Geistesvermögen und Fähigkeiten, ehe sie durch Erziehung gebildet werden, so sind wir gezwungen zu gestehen, daß nichts als ihre eigene Einwilligung sie zuerst verbinden und irgend einer Gewalt unterwerfen konnte. Das Volk, wenn wir dem ersten Ursprunge der Regierung in den Wäldern und Wüsten nachspüren — das Volk ist die Quelle aller Gewalt und Gerichtsbarkeit. Freywillig thaten die Menschen, der Ruhe und Ordnung wegen, Verzicht auf ihre angebohrne Freyheit, und nahmen Gesetze von ihres Gleichen, von ihrem Gefährten an. Die Bedingungen auf die sie Unterwerfung

bewilligten, wurden entweder bestimmt oder waren so deutlich und in die Augen fallend, daß man es mit Recht für überflüssig halten konnte, sie wörtlich zu bestimmen. Versteht man dieses unter dem Urvertrage, so kann nicht geläugnet werden, daß jede Regierung ursprünglich auf einen Vertrag gegründet ward, und daß die ältesten rohen Verbindungen des Menschengeschlechts hauptsächlich auf diesem Grunde errichtet wurden. Vergeblich fragt man uns, in welches Archiv dieses Dokument unserer Rechte niedergelegt ward. Es ward nicht auf Pergament, noch auf Baumblättern oder Rinden niedergeschrieben. Es ist älter als die Schrift und alle andere Künste des bürgerlichen Lebens. Aber wir erspähen es unverkennbar in der Natur des Menschen und der Gleichheit (oder wenigen Entfernung von derselben), deren wir in allen Individuen unsrer Gattung gewahr wer-

den. Die Macht die itzt herrscht, und auf Flotten und Armeen sich gründet, ist rein politisch, und stammt von der Autorität her, der Wirkung einer festgesetzten Verfassung. Die natürliche Macht eines Menschen besteht nur in der Stärke seiner Gliedmassen und der Stätigkeit seines Muthes, welche nie die Menge den Befehlen eines Einzelnen unterwerfen konnten. Nichts vermochte es zu thun, als ihre eigene Einwilligung und das Gefühl der Vortheile, die aus der Ruhe und der Ordnung entspringen.

Doch, selbst diese Einwilligung war lange sehr unvollkommen, und konnte nicht die Grundlage einer regelmässigen Verwaltung werden. Das Oberhaupt, das vermuthlich seinen Einfluss während eines Krieges erworben hatte, herrschte mehr durch Ueberredung als durch Befehle, und ehe es Gewalt anwenden konnte, den Widerspenstigen

und Ungehorsamen zu unterwerfen, kann man schwerlich behaupten, daß die Gesellschaft die Form einer bürgerlichen Verfassung erreicht hatte. Offenbar ward kein ausdrücklicher Vertrag, keine Verabredung einer allgemeinen Unterwerfung getroffen: eine Idee, welche die Begriffe der Wilden weit übersteigt. Jede Ausübung der Gewalt eines Oberhaupts, konnte nur partikulär, und durch die gegenwärtigen Bedürfnisse der Lage erheischt seyn. Der sichtliche Nutzen seiner Vermittelung machte diese Ausübungen täglich häufiger, und ihre oftmahlige Wiederholung bewirkte stufenweise eine auf Gewohnheit gegründete und, wenn man es so nennen mag, freywillige und daher wandelbaren Beystimmung des Volks.

Aber Philosophen die einer Parthey beygetreten sind, (wenn das nicht eine Contradictio in terminis ist), begnügen sich nicht

mit diesen Zugestehungen. Nicht nur in ihrer frühesten Kindheit, behaupten sie, entstand die Regierung durch die Beystimmung des Volks, oder vielmehr durch seine freiwillige Beruhigung dabey, sondern auch jetzt, da sie ihre völlige Reife erlangt hat, ruhe sie auf keinem andern Grunde. Sie versichern, daß alle Menschen noch gleich geboren werden, und keinem Prinzen und keiner Regierung Unterwerfung schuldig sind, wenn sie nicht die Verpflichtung und Sanktion eines Versprechens dazu verbindet. Da aber kein Mensch, ohne irgend eine Entschädigung die Vortheile seiner angebohrnen Freyheit aufgeben, und sich dem Willen eines andern unterwerfen wird, so muß dies Versprechen immer bedingungsweise verstanden werden: sie legt ihm keine Verbindlichkeit auf, wenn ihm nicht Gerechtigkeit und Schutz von seinem Oberherrn wird. Diese

Vortheile sind die Gegenversprechungen des Oberherrn, und wenn er ihre Erfüllung vernachlässigt, so hat er auf seiner Seite die Punkte des Vertrags gebrochen, und seinem Unterthan dadurch alle Verpflichtung zum Gehorsam erlassen. Das ist, diesem Philosophen zufolge, die Grundlage der Obergewalt in jeder Staatsverfassung; und das ist das Recht zur Widersetzlichkeit, das jeder Unterthan besitzt.

Wollten diese Vernünftler sich aber in der Welt umsehen, so würden sie nichts in derselben antreffen, das im geringsten ihren Ideen entspricht, oder ein so verfeinertes und philosophisches System bestätigen kann. Im Gegentheil finden wir überall Fürsten, die ihre Unterthanen für ihr Eigenthum wollen angesehen wissen, und ihr unabhängiges Recht auf die Oberherrschaft, auf Eroberung oder Erbfolge stützen. Ueberall finden wir auch

Unterthanen, welche dieses Recht ihres Fürsten anerkennen, und glauben, daß sie eben sowohl mit der Verpflichtung zum Gehorsam gegen einen bestimmten Oberherrn, als mit der Verpflichtung zur Ehrfurcht und zur kindlichen Liebe gegen bestimmte Eltern gebahren seyen. Allezeit hält man die Verbindungen für gleich unabhängig von unserer Einwilligung, in Persien und China; in *) Frankreich und Spanien, und selbst in Holland und England, und wo nur die oben erwähnten Lehrrsätze nicht sorgfältig eingeprägt wurden. Gehorsam oder Unterwerfung

*) *Daß das Raisonnement unrichtig sey, und daß das Bewußtseyn der Rechte des ersten Vertrages in der Seele des Menschen nur schlummern, nie erlöschen könne, hat die Schweiz und Holland so gut als das ehemals so slavisch gesinnte französische Volk zuerst gezeigt.*

wird so alltäglich, daß die meisten Menschen so wenig die Entstehung oder Ursache derselben untersuchen, als den thätigen Grund der Schwere, des Widerstandes, oder irgend eines allgemeinen Naturgesetzes. Bewegt sie auch Neugier jemahls dazu, so beruhigen sie sich doch sogleich, und erkennen ihre Verpflichtung zur Unterwürfigkeit an, sobald sie erfahren, daß *) ihre Vorfahren mehrere Jahrhunderte oder seit undenklichen Zeiten der bestehenden Regierungsform oder der herrschenden Familie unterworfen gewesen sind. Würdet ihr, in den meisten Theilen der Welt, lehren, daß politische Verbindungen durchaus auf freywilliger Zustimmung

*) Im Original steht, daß sie selbst oder ihre Vorfahren etc. Für die Abänderung dieser Nachlässigkeit glaube ich keiner Entschuldigung zu bedürfen.

oder einem gegenseitigen Versprechen gegründet seyen, so würden die Gerichte euch bald, als einen Aufrührer, der die Bande des Gehorsams zerreißen wolle, einkerkern, — wenn eure Freunde euch nicht schon vorher als wahnsinnig, wegen der Behauptung solcher Absurditäten, in Verwahrung gebracht hätten. Es ist sonderbar, daß eine Vernunft- handlung, deren Ausübung man einem jeden Einzelnen zuschreibt, und zwar nachdem er zum Gebrauch seiner Vernunft gekommen sey, weil sie sonst keine Gültigkeit haben könnte; — daß eine solche Handlung, sage ich, ihnen allen so unbekannt seyn sollte, daß auf der ganzen Erde kaum einige Spur oder Erinnerung davon übrig ist. *)

*) *Wie wichtig alle diese Gründe gegen die Existenz des Urvertrages sind, sieht man deutlich, sobald man sich nur die Mühe nimmt, sie*

Aber der Vertrag, auf dem die Verfassung sich gründet, ist, sagt man, der ursprüngliche Vertrag, und kann daher für zu alt angesehen werden, um zu der Kenntniss

auf irgend ein anderes schon zertrümmertes Vorurtheil anzuwenden. Z. B. Mehr als ein Jahrtausend hindurch maßte sich die Kirche es an, vorzuschreiben, was die Menschen glauben sollten; ihnen ihre Sünden zu vergeben oder sie zur Hölle zu verdammen. Sie stützte dies Recht — nicht auf Eroberung oder Erbfolge, sondern sogar — auf göttliche Verleihung. Ueberall waren die Menschen von der Rechtmässigkeit dieser Anmassungen überzeugt; überall waren sie ihnen so alltäglich geworden, dass niemand ihren Ursprung untersuchte, und dass man den Widersetzlichen mit Feuer und Schwerdt verfolgte. Fast niemand wagte mehr den Gedanken, oder erinnerte sich des Rechts, seine

der jetzigen Generation gelangt zu seyn. Versteht man unter derselben die Uebereinkunft durch welche wilde Menschen zuerst eine Gesellschaft bildeten, und ihre Stärke

Vernunft zur Prüfung vorgetragener Glaubenssätze zu brauchen. Und dieß Recht — existirt es etwa nicht? Oder kann es verjähren? Oder, als man Kirchenlehrer einsetzte, hatte man etwa nicht den stillschweigenden Vertrag mit ihnen gemacht, daß sie vernünftige und heilsame Sachen lehren würden? Und trat nicht jeder neue Lehrling, ohne daß er sich dessen bewußt war, in alle Vorbehaltungen und Rechte dieses Vertrages? — Daß Hume den Urvertrag zu einer Handlung jedes Einzelnen macht, ist bloß ein sophistischer Kunstgriff. Nicht daß jeder für sich diesen Vertrag errichte, sagen seine Gegner: denn das bleibt unmöglich. Er ward ein für allemahl stillschweigend ge-

vereinigten, so muß man ihn für wirklich anerkennen: aber da er so veraltet ist, da ihn tausend Abwechslungen der Verfassung und der Fürsten verwischen: wie kann man annehmen, daß er noch einige Gültigkeit haben soll? Wenn wir seiner ja erwähnen wollen, so müssen wir behaupten, daß jede einzelne Regierung, die rechtmäßig ist, und den Unterthan im Geringsten zur Unterwerfung verpflichtet, zuerst auf Beystimmung und einer freywilligen Abmachung gegründet ward. Aber dieses setzt voraus, daß die Einstimmung der Väter die Kinder bis auf die spä-

troffen: aber jedem, von dem man vermöge desselben Leistungen fordert, ist man die bestimmten Gegenleistungen schuldig. Gewährt man sie nicht, so ist der Vertrag gebrochen, auch wenn der Leidende nie seine Rechte einsehe.

teste Generation binden könne (was republikanische Schriftsteller nie zugestehen werden), — welches weder durch Geschichte noch Erfahrung in irgend einem Zeitalter oder Lande in der Welt bestätigt ist.

Fast alle Regierungen die gegenwärtig bestehen, oder von denen die Geschichte einiges Andenken aufbehält, sind ursprünglich auf Usurpation, oder Eroberung, oder auf beyden gegründet worden, ohne daß von einer offenen Zustimmung oder freywilligen Unterwerfung des Volkes die Rede war. Wenn ein geschickter und kühner Mann an die Spitze einer Armee oder Faktion gestellt wird, so ist es ihm oft sehr leicht, bald durch Gewalt, bald durch erdichtete Vorwände, seine Herrschaft über ein Volk festzusetzen, das hundertmal zahlreicher ist, als seine Anhänger. Er erlaubt keine so offene Kommunikation, daß seine Feinde mit Gewissheit

ihre Anzahl, oder ihre Stärke erfahren können. Er läßt ihnen nicht Zeit sich zur Widersetzung zu vereinigen. Selbst die Werkzeuge seiner Anmassung können seinen Fall wünschen; aber ihre Unbekanntheit mit ihren gegenseitigen Absichten hält sie in Furcht, und ist die einzige Quelle seiner Sicherheit. Durch dergleichen Künste sind viele Regierungen gegründet worden, und das ist der ganze Urvertrag, dessen sie sich rühmen können.

Die Gestalt der Erde verändert sich unaufhörlich, durch das Anwachsen kleiner Fürstenthümer zu grossen Reichen, und durch die Auflösung grosser Reiche in kleine Fürstenthümer; durch das Anpflanzen der Colonien, und das Auswandern ganzer Stämme. Kann in allen diesen Ereignissen etwas anders als Macht und Gewaltthätigkeit aufgefunden werden? Wo ist die wechselseitige

Beystimmung oder freywillige Verbindung, von der man so viel spricht?

Selbst der gelindeste Weg auf dem eine Nation einen fremden Herrn bekommen kann, eine Heyrath oder ein Testament ist nicht sehr ehrenreich für ein Volk; sondern setzt voraus, daß man mit ihm, wie mit einer Mitgift oder einem Vermächtniß nach dem Wohlgefallen oder Nutzen seiner Beherrscher schalten könne.

Wo hingegen keine Gewalt sich einmischt, sondern Wahlen statt finden: was ist eine solche so hoch gepriesene Wahl? Es ist entweder die Verbindung einiger wenigen Großen, die statt des Ganzen entscheiden und keinen Widerspruch gestatten; oder es ist die Wuth einer Menge, die einem auführerischen Anführer folgt, der vielleicht nicht einem Dutzend unter ihr bekannt ist, und seinen Vorrang bloß seiner eigenen Un-

verschämtheit, oder einer augenblicklichen Laune seiner Gefährten verdankt.

Haben diese unordentlichen Wahlen, die noch dazu sehr selten sind, ein so mächtiges Ansehen, daß sie für die einzige rechtmäßige Begründung jeder Regierung und Unterwerfung gelten können?

In der That, es giebt kein fürchterlicheres Ereigniß, als die gänzliche Auflösung einer Verfassung, die den großen Haufen entfesselt, und die Bestimmung oder Wahl einer neuen Einrichtung von einer Menge abhängig macht, die sich an Zahl dem ganzen Volkskörper nähert: denn der ganze Körper entscheidet eigentlich nie. Jeder weise Mann wünscht, in so einem Falle, einen General an der Spitze einer mächtigen und folgamen Armee zu sehen, der schnell den Preis ergreifen, und dem Volke einen Herrn geben könne, den selbst zu wählen,

es so unfähig ist. So wenig entspricht That und Wirklichkeit jenen philosophischen Begriffen. *)

Die bey der Revolution **) getroffene Verfügung muß uns nicht betrügen, oder so sehr für einen philosophischen Ursprung der Regierung einnehmen, daß wir jeden andern für ungeheuer und unregelmäßig hal-

*) *Sehr richtig: aber wenn man vom Urvertrage spricht, so ist von den Rechten der Staatsbürger, nicht von dem Gebrauch die Rede, den sie von denselben machen, oder machen können.*

**) *Hume spricht von der Revolution in England, durch die im Jahr 1688 Jakob der Zweite vom Throne gestossen, Wilhelm der Dritte auf denselben erhoben und die Erbfolge bestimmt ward.*

ten. Selbst dieses Ereigniß war weit davon entfernt, mit jenen verfeinerten Vorstellungen überein zu stimmen. Nur die Erbfolge, und zwar in dem königlichen Antheil an der Regierung, ward damals geändert, und es war nur die Majorität in einer Versammlung von siebenhundert Personen, welche diese Veränderung für beynahe zehn Millionen bestimmte. Ich zweifele wirklich nicht daran, daß diese zehn Millionen sich willig bey der Bestimmung beruhigten, aber war ihnen die geringste Wahl gelassen worden? Ward sie nicht mit Recht von dem Augenblicke an für entschieden angenommen, und jedermann bestraft, der dem neuen Beherrscher Unterwerfung verweigerte? Wie hätte die Sache sonst zu irgend einem Ausfchlage oder einem Ende gebracht werden können?

Die Republik Athen war, glaube ich, die entschiedendste Demokratie von der wir

in der Geschichte lesen. Dennoch finden wir, wenn wir die Weiber, die Sklaven und die Fremden, wie es seyn muß, abrechnen, daß weder die anfängliche Einrichtung noch irgend ein Gesetz von dem zehnten Theil derjenigen bestimmt ward, die denselben gehorchen mußten: und dann haben wir noch nicht die Inseln und auswärtigen Besitzungen in Rechnung gebracht, welche die Athenienser, vermöge des Eroberungsrechts, als ihr Eigenthum ansahen. Es ist überdem bekannt, wie ausschweifend und unordentlich es bey den Volksversammlungen zuging, ungeachtet der Einrichtungen und Gesetze die dem vorbeugen sollten: wie viel ausschweifender müßten sie da ausfallen, wo sie nicht durch die Verfassung bestimmt werden, sondern nur bey der Auflösung der alten Regierung zusammen stürmen, um eine neue einzuführen? Wie chimärisch muß es seyn,

unter solchen Umständen von einer Wahl zu sprechen?

Die Achäer genossen der freyesten und vollkommensten Demokratie im ganzen Alterthume: dennoch brauchten sie, wie wir von Polybius *) erfahren, Gewalt, um einige Städte in ihren Bund zu zwingen.

Heinrich der Vierte und Heinrich der Siebente, Könige von England, hatten in der That kein Recht auf den Thron, als eine Parlementswahl: dennoch wollten sie es nie eingestehen, aus Furcht, ihr Ansehen dadurch zu schwächen. Sonderbar gehandelt, wenn Einwilligung und Versprechen der Grund aller Gewalt ist.

Umsonst sagt man, daß zum wenigsten jede Regierung zuerst auf Volksbewilligung

*) *Lib. II. Cap. 18.*

gegründet sey, oder es doch seyn sollte, so weit der Drang der menschlichen Angelegenheiten es erlaubt. Dies begünstigt völlig meine Meynung. Ich behaupte, die menschlichen Angelegenheiten werden nie diese Einwilligung, selten den Anschein derselben erlauben. Eroberung, oder Usurpation, das heisst, gerade herausgesagt, Gewalt, welche die alte Regierung vernichtet, ist der Ursprung fast aller neuen, die je in der Welt errichtet wurden. In den wenigen Fällen, wo Einwilligung scheinen mag Statt gefunden zu haben, war sie gewöhnlich so unregelmässig, so beschränkt, oder so durchwebt mit Betrug und Gewaltthätigkeit, dass sie kein sehr grosses Gewicht haben kann.

Es ist hier nicht meine Absicht zu behaupten dass Volksbewilligung, wo sie statt findet, nicht eine rechtmässige Grundlage

der Regierung sey. Sicherlich ist sie die beste und heiligste von allen. Ich behaupte nur, daß sie sehr selten in einigem Grade, und nie in ihrer vollen Ausdehnung wirklich Statt gefunden habe: und daß man also auch irgend eine andere Stiftung der Regierung annehmen müsse. Hätten alle Menschen eine so unveränderliche Hochachtung für die Gerechtigkeit, daß sie sich von selbst jedes Angriffs auf fremdes Eigenthum enthalten, so wären sie ewig in dem Zustande einer unbeschränkten Freyheit geblieben, ohne Unterwürfigkeit gegen irgend eine Gerichtsbarkeit oder politische Gesellschaft. Aber das ist ein Zustand von Vollkommenheit, deren man die menschliche Natur mit Recht unfähig glaubt. Wiederum befäßen alle Menschen einen so erleuchteten Verstand, allezeit ihren eigenen Nutzen einsehen zu können, so würde man sich keiner

Regierung unterworfen haben, die nicht auf Einwilligung gegründet, und von jedem Gliede der Gesellschaft reiflich geprüft worden wäre. Aber auch dieser Zustand von Vollkommenheit ist weit über der menschlichen Natur. Vernunft, Geschichte und Erfahrung zeigen uns, daß alle politische Gesellschaften einen viel weniger regelmässigen Ursprung gehabt haben, und wenn wir einen Zeitraum ausheben wollen, wo die Einstimmung des Volkes am wenigsten geachtet wurde, so ist es gerade jener, in dem eine neue Regierung eingeführt ward. Bey einer begründeten Verfassung werden seine Neigungen oft zu Rathe gezogen; aber während der Wuth der Revolutionen, der Eroberungen und öffentlichen Zerrüttungen, entscheiden gewöhnlich kriegerische Gewalt oder politische Geschicklichkeit den Streit.

Wenn eine neue Regierung eingeführt

wird, es sey durch welche Mittel es wolle, so ist das Volk meistentheils unzufrieden mit ihr, und gehorchet mehr aus Furcht und Nothwendigkeit, als aus einer Vorstellung von Unterwürfigkeit und moralischer Verpflichtung. Der Fürst ist wachsam und eifüchtig, und muß sorgfältig auf seiner Hut seyn, gegen jeden Anfang oder Anschein von Aufstand. Allmählig entfernt die Zeit diese Schwierigkeiten, und gewöhnt die Nation, die Familie welche sie anfangs als Usurpatoren und fremde Eroberer betrachtete, für ihre rechtmässigen und erblichen Fürsten zu halten. Um diese Meynung zu begründen, wenden selbige nicht irgend einen Begriff von freywilliger Beystimmung oder Gewährleistung an, welche, wie sie wissen, in diesem Falle nie erwartet oder gefordert wurde. Die ursprüngliche Einrichtung ward durch Gewalt gebildet, und aus Nothwendigkeit angenom-

men. Die darauf folgende Verwaltung wird gleichfalls durch Macht aufrecht erhalten, und nicht aus Wahl, sondern gleichsam aus Schuldigkeit, beruhigt sich das Volk bey derselben. Es glaubt nicht, dafs seine Einstimmung dem Fürsten ein Recht giebt: aber es stimmt bereitwillig ein, weil es denkt, er habe durch langen Besitz ein Recht erlangt, das unabhängig von der Wahl oder Neigung der Unterthanen sey.

Wollte man sagen, dadurch, dafs man in dem Gebiete eines Fürsten, das man verlassen könne, lebe, bewillige jeder Einzelne stillschweigend die Gewalt desselben, und verspreche ihm Gehorsam, so kann man antworten, eine solche vorausgesetzte Einwilligung könne nur dann angenommen werden, wenn ein Mensch glaubt, dafs die Sache von seiner Wahl abhängt. Denkt er aber, (wie alle Menschen, die unter bestimmten

Regierungen gebohren find,) daß er durch seine Geburt einem gewissen Fürsten oder einer gewissen Regierungsform Unterwerfung schuldig ist, so wäre es widersinnig Einwilligung oder Wahl hineinzulegen, auf die er ausdrücklich in diesem Falle Verzicht thut.

Können wir im Ernste sagen, daß ein armer Bauer oder Handwerker die freye Wahl hat, sein Land zu verlassen, da er keine fremden Sprachen versteht, und keine fremde Lebensart kennt, und von einem Tage zum andern von seinem kleinen Arbeitslohne lebt? Eben so gut könnten wir behaupten, daß ein Mensch der in einem Schiffe bleibt, freiwillig die Oberherrschaft des Besitzers anerkenne, obgleich er im Schlaf an Bord gebracht ward, und um es zu verlassen in den Ocean springen, und in dem Au-

genblicke seiner Entweichung umkommen müßte. *)

Wie, wenn ein Fürst seinen Unterthanen verböte, sein Gebiet zu verlassen, wie unter dem Tiberius **) es einem römischen

*) *Ein andres Land ist kein Ocean, und unter einem fremden Volke, dessen Sprache man nicht versteht, zu leben, keine natürliche Unmöglichkeit. Wie hätten sonst die Refugiés in Deutschland und die deutschen Colonisten im südlichen Russland forthommen können? Müsslich ist es freylich, aber wer sich durch Schwierigkeiten zurück halten läßt, bleibt nicht weil er muß, sondern weil er feige ist.*

**) *Tacit. annal. Lib. 17. Cap. 14. — Wieder sehr sonderbar! Dafs ein Tyrann die Rechte seiner Unterthanen kränkt, beweist nicht, dafs diese Rechte nicht existiren. Es beweist*

Ritter zum Verbrechen angerechnet ward, daß er, um der Tirannej jenes Kaisers zu entgehen, versucht hatte zu den Parthern zu entfliehen? Oder wie vormahls die Russen alles Reisen bey Todesstrafe verboten. *) Und wenn ein Fürst bemerkte, daß viele von seinen Unterthanen von dem Wahnsinne, in fremde Länder auszuwandern, ergriffen würden, so würde er mit großem Fug und Recht sie zurückhalten, um der Entvölkerung seines eigenen Reiches vorzubeugen. Hätte er die Unterwürfigkeit aller seiner Unterthanen

nur, daß sie nicht Muth genug haben, ihr Leben an die Erhaltung derselben zu wagen.

**) Eigentlich ward nur das Auswandern verboten, im Jahr 1556, weil alles nach Casan und Astrakan zog. Aus diesem Verbote entstand die Leibeigenheit.*

durch ein solches weises und nothwendiges Gesetz verwirkt? Gleichwohl wäre ihnen in dem Falle gewiss die Freyheit zu wählen, entrisßen.

Eine Gesellschaft von Menschen, die ihr Vaterland verliessen, um irgend ein unbewohntes Land zu bevölkern, könnten wählen, ihre angebohrne Freyheit zu erlangen, aber sie würden bald finden, dass ihr Fürst noch Ansprüche auf sie machte, und selbst in ihrer neuen Niederlassung, sie seine Unterthanen nennete. Auch würde er darinn den gewöhnlichen Vorstellungen der Menschen ganz gemäß handeln.

Die wirklichste stillschweigende Einwilligung, die jemahls bemerkt wird, tritt ein, wenn ein Fremder sich in irgend einem Lande niederlässt, und mit dem Fürsten, der Regierung und den Gesetzen, denen er sich unterwerfen muss, schon vorher bekannt ist.

Dennoch erwartet man weniger Unterwürfigkeit von ihm, und verläßt sich auch weniger auf die seinige, obgleich sie freywilliger ist, als auf die eines gebohrnen Unterthans. Im Gegentheil behauptet der Fürst seines Vaterlandes noch immer ein Recht an ihn. Bestraft er den Abtrünnigen nicht, wenn er ihn im Kriege für seinen neuen Fürsten erhascht, so ist diese Milde nicht auf das bürgerliche Recht gegründet, das in allen Ländern den Gefangenen verurtheilt, sondern auf die Uebereinkunft der Fürsten, welche diese Nachsicht bewilligten, um Repressalien vorzubeugen.

Wenn eine Menschen-Generation auf einmal von dem Schauplatze ab, und eine andere aufträte, wie es mit den Seiden-Würmern und Schmetterlingen der Fall ist, so könnte das neue Geschlecht — wenn es, wie es bey Menschen gewifs niemals ist, Verstand

genug dazu befähige, — freywillig und durch allgemeine Einwilligung eine neue Form der bürgerlichen Verfassungen einführen, ohne Rücksicht auf die Gesetze und das Herkommen, welche bey ihren Vorfahren galten. Da aber das menschliche Geschlecht in einer beständigen Flut ist, stündlich einer die Welt verläßt, und ein anderer sie betritt, so ist es nothwendig zur Festigkeit der Regierung, daß der junge Nachflugs sich der eingeführten Verfassung anschmiege, und genau dem Pfade folge, den seine Väter, die selbst in die Fußstapfen der ihrigen traten, für sie bahnten. Einige Neuerungen müssen nothwendig in jeder menschlichen Einrichtung statt finden, und ein Glück ist es, wenn der erleuchtete Genius des Zeitalters sie auf die Seite der Vernunft, Freiheit und Gerechtigkeit leitet. Kein Einzelner aber ist berechtigt, gewaltsame Neuerungen zu machen; selbst wenn die gesetz-

gebende Macht sie trifft, sind sie gefährlich, und allezeit muß man mehr Schaden als Vortheil von ihnen erwarten. Wenn die Geschichte uns Beyspiele vom Gegentheile giebt, so dürfen diese doch nicht als Belege angeführt werden. Sie beweisen nur, daß die Staatskunst wenig Regeln habe, die nicht Ausnahmen gestatten, und zuweilen durch Glück und Zufall aufgehoben werden können. Die gewaltsamen Neuerungen unter der Regierung Heinrich des Achten, geschahen durch einen gebietrischen Monarchen, den das Ansehen in der gesetzgebenden Gewalt unterstützte. Die Neuerungen unter Carl dem Ersten entsprangen aus Parteygeist und Schwärmerei. Beide Arten hatten einen glücklichen Erfolg: aber selbst die erstern waren lange die Quelle vieler Unordnungen und noch mehrerer Gefahren, und wenn die letzteren zum Maasstabe der Unterwürfigkeit

angenommen werden sollten, so müßte eine völlige Anarchie sich der menschlichen Gesellschaft bemächtigen, und jede Regierung auf einmal aufgehoben werden.

Man nehme an: ein Usurpateur habe seinen rechtmässigen Fürsten und die königliche Familie verbannt, und seine Herrschaft auf zehn oder zwölf Jahre in irgend einem Lande festgesetzt; er erhalte eine so genaue Kriegszucht unter seinen Truppen, und eine so regelmässige Einrichtung bey seinen Besatzungen, daß nie ein Aufruhr gegen seine Verwaltung entstanden, so gar kein Murren gegen dieselbe gehört worden wäre: kann man behaupten, das Volk, das im Herzen seine Verrätherey verabscheuet, habe stillschweigend seine Gewalt bewilliget, und ihm Unterwürfigkeit versprochen, bloß weil es aus Noth unter seiner Herrschaft lebt? Man nehme wiederum an, der erbliche Fürst würde,

etwa durch eine Armee, die er in einem fremden Lande anwarb, wieder eingesetzt, so wird das Volk ihn mit Freude und Jubel empfangen, und deutlich zeigen, mit welchem Widerwillen es ein fremdes Joch ertrug. Nun frage ich: auf welchem Grunde fusset das Recht des Fürsten? Gewiss nicht auf die Einwilligung des Volks: *) denn obgleich die Nation sich willig seine Regierung gefal-

*) Ganz gewiss darauf. So lange das Volk nicht das Aeusserste wagt, sich dem Ursurpateur oder dem Fürsten zu widersetzen, willigt es ein, um sich die Gefahren des Widerstandes zu ersparen. Es läßt über sich schalten, um den Aufwand an Blute zu vermeiden, den die Geltendmachung seiner Rechte kosten würde. Der ganze Unterschied ist nur, dass es lieber mit dem rechtmässigen Fürsten contrahirt, als mit dem Thronenräuber.

len läßt, so fällt's ihm doch gar nicht ein, daß ihre Einwilligung ihn zum Herrscher macht. Sie willigt ein, weil sie glaubt, er sey schon durch seine Geburt ihr rechtmäßiger Beherrscher. Die stillschweigende Einwilligung aber die man jetzt aus ihrem Beharren unter seiner Herrschaft herleiten könnte: die ist nichts mehr, als was sie vormahls dem Tyrannen und Thronenräuber zugestanden.

Wenn wir behaupten, daß jede rechtmäßige Regierung aus der Einwilligung des Volkes entspringe, so thun wir ihr gewiß vielmehr Ehre an, als sie verdient, oder sogar von uns erwartet oder verlangt. Nachdem das römische Gebiet zu ungeheuer für die republikanische Regierung geworden war, so fühlte das Volk in der ganzen bekannten Welt sich dem Augustus sehr verbunden, daß er die Oberherrschaft, obgleich durch

Gewaltthätigkeiten, an sich gerissen hatte, und zeigte eben so viel Geneigtheit sich dem Nachfolger zu unterwerfen, dem er es durch sein Testament übergab. Nachmals war es ein Unglück für das Volk, daß nie eine lange Folge von Fürsten aus einer Familie stattfand, sondern die Erbfolge unaufhörlich, entweder durch Meuchelmörd oder durch öffentlichen Aufruhr unterbrochen ward. So bald eine Familie erloschen war, erwählten die Prätorianer einen Kaiser, die östlichen Legionen einen zweyten, die in Teutschland vielleicht einen Dritten, und das Schwerdt allein konnte den Zwist entscheiden. Der Zustand des Volks in dieser mächtigen Monarchie wäre beklagenswerth, nicht weil die Wahl des Kaisers ihm nicht überlassen ward, denn das war unausführbar; — sondern weil es nie eine Reihe von Herren erhielt, die regelmässig auf einander folgen konnten.

Die Gewaltthätigkeiten, die Kriege, das Blutvergießen, die bey jeder neuen Einfetzung vorfielen, können nicht getadelt werden, denn sie waren unvermeidlich.

Das Haus Lankaster herrschte sechzig Jahr in dieser Insel, dennoch schienen sich die Anhänger der weissen Rose täglich in England zu vermehren. Die gegenwärtige Einrichtung *) hat noch länger gedauert. Sind alle rechtmässige Ansprüche einer andern Familie völlig erloschen, selbst obgleich zur Zeit ihrer Vertreibung kaum einer der jetzt lebenden Menschen zu den Jahren der Vernunft gelangt war, oder in ihre Herrschaft willigen und ihr Gehorsam versprechen konnte? Gewiss ein hinreichender Beweis,

*) *Nemlich die protestantische Erbfolge in England.*

wie die Menschen im Allgemeinen über diesen Punkt denken. Wir tadeln die Anhänger der entsetzten Familie nicht deshalb, daß sie während einer so langen Zeit ihre eingebildete rechtmässige Treue beybehalten haben: wir tadeln sie, daß sie einer Familie anhängen, von der wir behaupten, daß sie mit Recht vertrieben ward, und die, in dem Augenblicke, da die neue Einrichtung getroffen ward, alles Recht auf die Regierung verloren hatte.

Will man aber eine regelmässigere, oder wenigstens eine mehr philosophische, Widerlegung dieses Grundsatzes von einem Urvertrage oder einer Volksbewilligung, so können vielleicht folgende Betrachtungen dazu dienen,

Alle moralische Pflichten können in zwey Klassen getheilt werden. Die erste enthält diejenigen, zu denen der Mensch durch einen natürlichen Instinkt oder einen unmittelbaren Hang angetrieben wird, der auf ihn wirkt,

ganz unabhängig von allen Vorstellungen der Verpflichtung und allen Rücksichten auf öffentlichen oder Privat-Nutzen. Von dieser Art sind die Kindesliebe, Dankbarkeit gegen Wohlthäter, Mitleid gegen Unglückliche. Wenn wir über die Vortheile nachdenken, die der Gesellschaft aus solchen menschlichen Naturtrieben erwachsen, so gestehen wir ihnen den gebührenden Tribut moralischer Billigung und Achtung zu. Die Person aber, die durch ihren Antrieb handelt, fühlt ihre Macht und ihren Einfluss, ehe sie irgend eine solche Betrachtung macht.

Die zweyte Gattung der menschlichen Pflichten besteht aus solchen, die durch keinen ursprünglichen Naturtrieb unterstützt, sondern bloß aus Gefühl der Verpflichtung geübt werden, wenn wir die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft erwägen, und die Unmöglichkeit ihrer Fortdauer, im Fall diese

Pflichten vernachlässigt würden. Hierdurch wird Gerechtigkeit oder die Beachtung fremden Eigenthums, Treue oder die Erfüllung seines Versprechens, zur Pflicht und erlangt Autorität über die Menschen. Denn da jeder Mensch sich offenbar selbst mehr liebt, als irgend einen andern, so ist er natürlich geneigt, seine Anmassungen so weit als möglich zu treiben, und nichts kann diesen Hang beschränken, als Nachdenken und Erfahrung, welche ihn die nachtheiligen Folgen einer solchen Gesetzlosigkeit kennen, und die gänzliche Auflösung der menschlichen Gesellschaft einsehen lassen, die aus derselben entstehen müßte. Sein ursprünglicher Hang oder Instinkt wird also hier durch spätere Ueberlegung oder Beobachtung gezügelt und beschränkt.

Mit den politischen oder bürgerlichen Pflichten der Unterwürfigkeit, ist der Fall

völlig derselbe, wie mit den natürlichen Pflichten der Gerechtigkeit und Treue. Unser Grundtrieb ist, uns eine unbeschränkte Freyheit einzuräumen, oder uns die Herrschaft über andere anzumassen. Nur Ueberlegung bewegt uns, diese lebhaften Begierden den Vortheilen der Ruhe und der öffentlichen Ordnung aufzuopfern. Ein kleiner Grad von Erfahrung oder Beobachtung reicht hin, uns zu lehren, daß die Gesellschaft unmöglich ohne das Ansehen der Obrigkeit erhalten werden kann, und daß dies Ansehen bald in Verachtung gerathen muß, wenn man ihnen nicht genauen Gehorsam leistet. Die Bemerkung dieser allgemeinen und sichtlichen Vortheile ist die einzige Quelle aller Unterwürfigkeit und der Verpflichtung, aus der wir sie herleiten.

Wo ist also die Nothwendigkeit, die Pflicht der Unterwerfung oder des Gehor-

fams gegen die Obrigkeit, auf die Pflicht der Treue oder die Erfüllung eines Versprechens zu gründen, oder anzunehmen, die Einwilligung jedes Einzelnen sey es, was ihn der Regierung unterwerfe? Man sieht ja, daß beyde, Unterwerfung und Treue, auf einem Grunde fussen, und die Menschen beyde wegen des scheinbaren Nutzens und der Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft beobachten. Wir sind verbunden, sagt man, unserm Beherrscher zu gehorchen, weil wir es stillschweigend versprochen haben. Aber warum sind wir verbunden, unser Versprechen zu halten? Hier muß man behaupten, der Umgang und die Verbindung des Menschengeschlecht, die solche wichtige Vortheile gewähren, können keine Sicherheit haben, wo die Menschen ihre Verpflichtungen nicht beachten. Eben so kann man sagen, die Menschen könnten gar nicht in einer Gesellschaft,

wenigstens in keiner civilisirten leben, ohne Gesetze, Obrigkeiten und Richter zu haben, welche die Anmaaßungen des Starken über den Schwachen, des Gewaltthätigen über den Gerechten und Billigen verhinderten. Die Verpflichtung zur Unterwürfigkeit hat gleiche Stärke und Autorität mit der Verpflichtung zur Treue: wir gewinnen nichts dabey, wenn wir eine in die andere auflösen. Der allgemeine Nutzen oder das Bedürfnis der Gesellschaft, ist hinlänglich, beyde zu begründen.

Wenn man nach der Ursache des Gehorsams fragt, den wir der Regierung zu leisten schuldig sind, so antworte ich sogleich: „weil die Gesellschaft sonst nicht bestehen könnte;“ und diese Antwort ist klar und jederman verständlich. Eure Antwort ist: „weil wir unser Wort halten müssen.“ Aber aufser dem, daß niemand eure Ant-

wort begreifen oder ihr Beyfall geben kann, ehe er in ein philosophisches System eingeweiht ist; außerdem sage ich, seyd ihr in Verlegenheit, wenn man euch fragt: warum müssen wir unser Wort halten? Auch könnt ihr keine Antwort geben, als eine solche, die sogleich, ohne Umschweife, unsere Verpflichtung zur Unterwürfigkeit bewiesen haben würde.

Aber, wem ist man Unterwürfigkeit schuldig, und wer ist unser gesetzmässiger Oberherr? Diese Frage ist oft die schwierigste von allen, und knüpft unendliche Untersuchungen an. Wenn ein Volk so glücklich ist, antworten zu können: „Unser gegenwärtiger Beherrscher, der in gerader Linie „Vorfahren beerbt, die uns viele Jahrhunderte hindurch beherrscht haben;“ so giebt diese Antwort keiner Einwendung Raum, selbst wenn Geschichtsforscher, welche dem

Ursprunge der königlichen Familie bis in die entfernteste Vorzeit nachspüren, finden sollten, wie es gewöhnlich geschieht, daß ihre erste Herrschaft aus Usurpation und Gewaltthätigkeiten entsprang. Es wird eingestanden, daß Privatgerechtigkeit oder die Enthaltung von fremdem Eigenthume eine der wichtigsten Haupttugenden sey. Gleichwohl sagt uns die Vernunft, genau untersucht, könne man auf fortdaurende Gegenstände, wie Ländereyen und Häuser, die von Hand zu Hand gehen, kein Eigenthumsrecht haben, das nicht in irgend einem Zeitpunkte auf Betrug oder Ungerechtigkeit gegründet ward. Die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft erlauben, weder im privaten noch im öffentlichen Leben, eine solche genaue Untersuchung. Auch giebt es keine Tugend oder moralische Pflicht, die nicht leicht hinweg vernünftelt werden kann, wenn wir ei-

ner falschen Philosophie erlauben, sie durch jede verfängliche Regel der Logik zu sichten, und in jeder Beleuchtung und Lage, deren sie fähig ist, zu durchgrübeln.

Die Untersuchungen über das Privat-Eigenthum haben, wenn wir die Commentare zum Grundtexte rechnen, unzählige juristische und philosophische Werke gefüllt, und am Ende können wir doch mit Recht behaupten, daß viele der dort aufgestellten Regeln ungewiss, zweydeutig und willkürlich sind. Dieselbe Meinung kann man von der Erbfolge, den Rechten der Fürsten und von den Regierungsformen haben. Es giebt so gar offenbar Fälle, besonders in der Kindheit jeder Verfassung, die sich gar nicht nach den Gesetzen der Gerechtigkeit und Billigkeit entscheiden lassen. Rapin behauptet, daß der Streit zwischen Eduard dem Dritten und Philipp von Valois dieser Art gewesen

sey, und nur durch eine Apellation an den Himmel, das heist, durch Krieg und Gewaltthätigkeit, hätte entschieden werden können.

Wer kann mir sagen, ob Germanikus oder Drusus dem Tiberius hätte folgen sollen, im Fall er, als sie beyde noch lebten, gestorben wäre, ohne einen von ihnen zu seinem Nachfolger zu ernennen? Musste das Recht der Adoption für gleichgeltend mit dem Rechte der Blutverwandschaft angesehen werden, bey einer Nation, wo es einerley Gewicht in Privatfamilien besaß und schon zweymal in den Angelegenheiten des Allgemeinen gegolten hatte? Musste Germanikus für den ältern Sohn angesehen werden, weil er vor Drusus gebohren war, oder für den jüngern, weil er nach der Geburt seines Bruders adoptirt ward? Musste das Recht der Erstgeburt bey einer Nation gelten,

wo es in Privat-Familien keinen Vortheil bey der Erbschaft gewährte? Musste das römische Reich, zweyer Beyspiele wegen, für erblich gehalten werden? Oder musste es so früh schon, als das Eigenthum des Stärkern oder des gegenwärtigen Besitzers angesehen werden, da es auf eine noch so neue Usurpation gegründet war?

Commodus bestieg den Thron nach einer ziemlich langen Reihe vortreflicher Kaiser, die ihr Recht nicht durch Geburt oder öffentliche Wahl, sondern durch den erkünstelten Ritus der Adoption erlangt hatten. Als dieser blutdürstige Wüftling, durch eine plötzliche Verschwörung zwischen seiner Beyschläferinn und ihrem Geliebten, der zufällig damals die prätorianische Leibwache befehligte, ermordet war, so berathschlagten diese sogleich, wen sie, nach dem Ausdruck der damaligen Zeit, zum Herrn der Welt er-

wählen sollten; sie warfen ihre Augen auf Pertinax. Ehe der Tod des Tyrannen bekannt ward, gieng der Präfeckt heimlich zu diesem Sanator, der bey der Erscheinung der Soldaten glaubte, Commodus habe seine Hinrichtung befohlen. Er ward sogleich von dem Offizier und seinen Begleitern als Kaiser begrüßt, freudig vom Volke ausgerufen; mit Widerwillen von der Leibwache angenommen; förmlich vom Senate anerkannt, und von den Provinzen und den Armeen des Reichs gleichgültig empfangen.

Das Misvergnügen der prätorianischen Banden brach in eine plötzliche Empörung aus, welche die Ermordung dieses vortreflichen Fürsten bewirkte. Nun war die Welt ohne Herrn und ohne Regierung, und die Leibwachen fanden für gut, das Reich förmlich feil zu bieten. Julian, der Käufer, ward von den Soldaten ausgerufen: der Senat

erkannte ihn an, das Volk unterwarf sich ihm, und auch die Provinzen hätten sich unterwerfen müssen, wenn nicht der Neid der Legionen Widerstand erzeugt hätte. Pescennius Niger in Syrien erwählte sich selbst zum Kaiser, erlangte die tumultuarische Einwilligung seiner Armee, und ward heimlich durch das Wohlwollen des Senats und des römischen Volks begünstigt. Albinus in England fand ein gleiches Recht, Ansprüche zu machen, aber Severus, der Pannonien regierte, behielt am Ende die Oberhand über beyde. Da dieser geschickte Staatsmann und Krieger seine Geburt und Würde zu tief unter der kaiserlichen Krone fand, so bekannte er sich anfangs nur zu der Absicht, den Tod des Pertinax zu rächen. Er zog als General nach Italien, schlug Iulian, und, ohne daß wir einen bestimmten Zeitpunkt selbst von der Einwilligung der Soldaten

angeben können, ward er aus Noth vom Senate und vom Volke als Kaiser anerkannt, und völlig in seinem gewaltthätigen Ansehen, durch die Ueberwindung des Niger und des Albinus, bestätigt.

Inter haec, sagt Capitolinus, indem er von einem andern Zeitpunkte spricht, Gordianus Caesar sublatus a militibus. Imperator est appellatus, quia, non erat alius in praesenti. Man muß bemerken, daß Gordianus ein vierzehnjähriger Knabe war.

Viele ähnliche Beyspiele finden sich in der Geschichte der Kaiser; in der Geschichte der Nachfolger Alexanders und vieler andern Länder. Auch kann nichts unglücklicher seyn, als eine despotische Regierung dieser Art, wo die Nachfolge so unterbrochen und unregelmäßig ist, und bey jeder Erledigung durch Gewalt oder Wahl bestimmt werden muß. Bey einer freyen Verfassung ist der Fall oft

unvermeidlich und auch viel weniger gefährlich. Der Nutzen der Freyheit kann dort sehr oft das Volk dahin bringen, zu seiner eigenen Vertheidigung, die Nachfolge zur Krone, abzuändern. Die aus Theilen zusammen gefügte Verfassung kann noch mit hinlänglicher Festigkeit auf den aristokratischen und demokratischen Gliedern ruhen, wenn auch das monarchische von Zeit zu Zeit verändert wird, um es den erstern anzupassen.

Wenn bey einer unumschränkten Regierung sich kein rechtmässiger Fürst findet, der Anspruch auf den Thron hat, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß er dem ersten Besitznehmer gehört. Beyspiele dieser Art sind nur zu häufig, besonders in der Geschichte der orientalischen Reiche. Wenn ein fürstliches Geschlecht ausstirbt, so wird das Testament oder die Bestimmung des

letzten Beherrschers als ein Recht angesehen. So würde das Edikt Ludwigs des vierzehnten, der in Ermangelung aller rechtmässigen Prinzen, die unehelichen zur Erbfolge berief, in diesem Falle, einige Gültigkeit haben. *)

*) *Es ist merkwürdig, dass man sich in der Bewahrung des Herzogs von Bourbon und der rechtmässigen Fürsten gegen diese Bestimmung Ludwigs des vierzehnten, selbst bey der unumschränkten Französischen Regierung, auf die Lehre vom Urvertrage beruft. Da die Französische Nation, sagen sie, Hugo Capet und seine Nachkommenschaft erwählte, über sie und ihre Nachkommenschaft zu herrschen, so behielt sie sich ein stillschweigendes Recht vor, im Fall die erste Linie ausstürbe, eine neue königliche Familie zu erwählen, und dies Recht werde dadurch verletzt, dass man ohne Beystimmung der Nation, die unehelichen Prinzen zum Throne*

So schaltete das Testament Karls des zweyten
über die ganze spanische Monarchie. —

berufe. Aber der Graf von Boulainvilliers,
der zur Vertheidigung der unehelichen Prinzen
schrieb, macht diese Vorstellung vom Urvertrage
lächerlich, besonders in der Anwendung auf
Hugo Capet, der den Thron, sagt er, durch
eben die Künste besieg, welche alle Eroberer
und Usurpatoren angewandt haben. Er liess,
nachdem er sich in Besitz gesetzt hatte, wirklich
sein Recht von den Ständen anerkennen: aber
ist das eine Wahl oder ein Vertrag? Wir
müssen bemerken, dass der Graf von Boulain-
villiers ein ausgezeichnete Republikaner war:
aber als ein gelehrter und in der Geschichte be-
wunderter Mann wusste er, dass das Volk fast nie
bey solchen Revolutionen und neuen Einrich-
tungen zu Rathe gezogen würde, und dass die
Zeit allein Anspruch und Recht auf dasjenige

Auch die Abtretung von Seiten des vorigen Besitzers, vorzüglich wenn sie mit der Eroberung verbunden ist, wird für ein gültiges Recht gehalten.

Das allgemeine Band, das uns der Regierung verpflichtet, ist der Nutzen und Bedürfnis der Gesellschaft, und dieses Band ist sehr stark. Aber die Beziehung desselben auf diesen oder jenen einzelnen Fürsten oder irgend eine Regierungsform, ist oft ungewisser und zweifelhafter. Gegenwärtiger Besitz hat in diesen Fällen ein ansehnliches Gewicht, und zwar ein größeres als beym Privateigenthume, wegen der Unordnungen, die alle Revolutionen und Regierungs-Veränderungen begleiten.

Ich will nur noch dies anmerken, ehe

gebe, was anfangs auf Macht und Gewaltthätigkeit gegründet wurde.

ich schliesse: obgleich in den spekulativen Wissenschaften, der Metaphysik, der Natur-Philosophie oder Astronomie, das Berufen auf die allgemeine Meynung für unschicklich und nichtsbeweisend gehalten werden kann, so ist doch in allen Fragen die Beziehung auf Sitten so wohl als auf Critik haben, kein anderes Hauptgesetz, durch das irgend ein Streit entschieden werden kann. Nichts beweist deutlicher, daß eine Theorie dieser Art irrig ist, als wenn man findet, daß es zu Paradoxen führt, die mit den allgemeinen Gefühlen des Menschengeschlechts und mit der Handlungs- und Denkungsart aller Nationen und aller Zeitalter in Widerspruch stehen. Die Lehre die alle gesetzmäßige Regierung auf einen Urvertrag oder eine Beystimmung des Volkes gründet, ist offenbar von dieser Art. Auch hat der berühmteste ihrer Anhänger bey ihrer Vertheidigung kein

Bedenken getragen, zu behaupten: *) die unumschränkte Monarchie sey unverträglich mit der bürgerlichen Gesellschaft und folglich keine bürgerliche Regierungsform; ferner könne die oberste Gewalt keinem Menschen in einem Staate, durch Taxen oder Auflagen einen Theil seines Eigenthums ohne seine oder seiner Repräsentanten Einwilligung nehmen. Es ist leicht zu bestimmen, welches Ansehen irgend ein moralisches Raisonement haben kann, das zu Meynungen führt, die so weit von dem allgemeinen Gebrauch der Menschen an jedem Orte, ausser England, entfernt sind.

Die einzige Stelle eines alten Schriftstellers, wo die Verpflichtung zum Gehorsam gegen die Regierung aus einem Versprechen

*) *Locke on Government. chap. VII. §. 90. und chap. XI. §. 138. 139. 140.*

hergeleitet wird, findet sich im Criton des Plato, wo Sokrates sich weigert aus dem Gefängnisse zu entfliehen, weil er stillschweigend versprochen habe, den Gesetzen zu gehorchen; und auf die Art eine aristokratische Folgerung des leidenden Gehorsams, aus einer demokratischen Behauptung des Urvertrages herleitet.

Neue Entdeckungen sind in diesen Sachen nicht zu erwarten. Da kaum jemand, ausgenommen vor sehr kurzem, sich einfallen liefs, dafs die Regierung auf einem Vertrage gegründet sey, so ist es gewifs, dafs sie im allgemeinen keine solche Grundlage haben kann. *)

*) Das heifst schliessen: da Jahrtausende vergingen, ehe man die Gesetze der Optik entdeckte, so ist es gewifs, dafs die Menschen vorher nicht gesehen haben.

Das Vergehen des Aufruhrs hieß bey
den Alten gewöhnlich: *novas res moliri*,
νεωτερίζειν.

Ueber
den U r - V e r t r a g
der menschlichen Gesellschaft

oder
Grundzüge des Staats - Rechts

v o n
J. J. R o u f f e a u.

— *Foederis aequas*
Dicamus leges.

Aeneid. XI.

Erstes Buch.

Indem ich die Menschen so nehme wie sie sind, und die Gesetze, wie sie seyn können, will ich untersuchen, ob es in der bürgerlichen Verfassung irgend eine rechtmäßige und sichere Regel der Verwaltung geben kann. Ich werde mich bey dieser Untersuchung bemühen, immer was das Gesetz erlaubt mit dem was der Nutzen befiehlt, zu verbinden, damit Gerechtigkeit und Nützlichkeit nicht getrennt erscheinen.

Ich beginne mein Unternehmen, ohne die Wichtigkeit des Gegenstandes zu beweisen. Man wird fragen, ob ich Fürst oder Gesetzgeber sey, daß ich über Staatskunst schreibe? Ich antworte: Nein! und eben deshalb

schreibe ich über Staatskunst. Wäre ich Fürst oder Gesetzgeber: ich würde meine Zeit nicht darauf verschwenden, zu sagen was man thun müsse. Ich würde es thun oder schweigen.

Ich bin gebohrner Bürger eines freyen Staats, folglich Glied des Souverains: so schwachen Einfluss in die öffentlichen Geschäfte also meine Stimme auch haben mag, so legt das Recht sie zu geben, mir doch die Pflicht auf, mich von diesen Geschäften zu unterrichten. Wie glücklich bin ich, so oft ich über die Regierungen nachdenke, neue Ursachen zu finden, warum ich meine vaterländische lieben müsse.

Erstes Kapitel.

Inhalt dieses ersten Buches.

Der Mensch wird frey gebohren und überall ist er in Fesseln. Mancher hält sich für den Herrn anderer und ist dennoch mehr Sklave als sie. Wodurch hat diese Umwandlung geschehen können? Ich weifs es nicht. Was kann sie rechtmässig machen? Diese Aufgabe glaube ich lösen zu können.

Zöge ich nur die Stärke und ihre Wirkung in Betracht, so würde ich sagen: so lange ein Volk zum Gehorsam gezwungen wird, thut es wohl, zu gehorchen; so bald es sein Joch abschütteln kann, thut es noch besser daran, es von sich zu werfen. Wenn es seine Freyheit durch dasselbe Recht wieder

erringt, durch das man sie ihm raubte, so begeht es in dieser Rücknahme eine rechtliche Handlung, oder es war widerrechtlich, sie ihm zu entreißen. Aber die Ordnung der Gesellschaft ist ein geheiligtes Recht, das allen andern zur Grundlage dient. Gleichwohl entspringt es nicht aus der Natur; und muß sich also auf Abmachungen gründen. Es kommt darauf an, zu erfahren, worin diese Abmachungen bestehen. Ehe ich davon spreche, muß ich meine Behauptungen beweisen.

Zweytes Kapitel.

Von den ersten Gesellschaften.

Die älteste aller Gesellschaften und die einzige natürliche, ist die Familie. Gleichwohl sind die Kinder nur so lange mit dem Vater verbunden, als sie seiner zu ihrer Erhaltung bedürfen. So bald dies Bedürfnis aufhört, löst sich das natürliche Band. Die Kinder werden frey von dem Gehorsam, der dem Vater gebührte, der Vater wird frey von der Sorgfalt die er den Kindern schuldig war: alle kehren auf gleiche Weise zur Unabhängigkeit zurück. Wenn sie ihre Verbindung fortsetzen, so ist es nicht mehr Natur-Notwendigkeit, sondern freywillig: selbst die Familie besteht nur durch Uebereinkunft.

Diese gemeinschaftliche Freyheit ist eine nothwendige Folge der Natur des Menschen. Sein vornehmstes Gesetz ist, für seine eigene Erhaltung zu wachen; seine vornehmste Sorgfalt die, welche er sich selbst schuldig ist. So bald er das Alter der Vernunft erreicht hat, ist er allein Richter der Mittel die zu seiner Erhaltung taugen, und folglich sein eigener Herr.

Die Familie ist also, wenn man will, das erste Muster der politischen Gesellschaften. Das Oberhaupt ist die Nachbildung des Vaters, das Volk die Nachbildung der Kinder, und da alle gleich und frey gebohren werden, entsagen sie ihrer Freyheit nur ihres eigenen Nutzens wegen. Der ganze Unterschied ist: in der Familie belohnt die Liebe zu seinen Kindern den Vater für die Sorgfalt, die er ihr widmet; im Staate aber vertritt das Vergnügen zu befehlen die

die Stelle der Liebe, die das Oberhaupt nicht für seine Unterthanen empfindet.

Grotius läugnet, daß jede menschliche Herrschaft zum Besten der Beherrschten eingeführt ward: als Beleg nennt er die Sklaverey. Seine gewöhnlichste Schlussweise ist, daß er das Recht auf die Ausübung desselben gründet. *) Man könnte eine vernünftigere Methode befolgen, aber keine die den Tyrannen günstiger wäre.

Nach Grotius ist es also zweifelhaft, ob

*) „Die gelehrten Untersuchungen über das öffentliche Recht sind oft nichts, als die Geschichte aller Mißbräuche: man gewinnt nur unzeitigen Starrsinn dabey, wenn man sie zu viel studiret.“ *Traité des intérêts de la France avec ses voisins par Mr. le Marquis d'Argenson.* — Grade so gieng es Grotius, (und Humen beym vorstehenden Aufsatze.)

das Menschen - Geschlecht etwa hundert Männern, oder ob dieses Hundert dem menschlichen Geschlechte gehört; in seinem ganzen Werke scheint er für das erstere gestimmt: auch Hobbes ist dieser Meinung. So wäre also das menschliche Geschlecht in Heerden abgetheilt, und jede hätte ein Oberhaupt, das sie hütet, um sie zu verschlingen.

Wie ein Hirt von einer erhabnern Natur ist als seine Heerde, sind die Menschenhirten auch von einer erhabnern Natur als ihre Unterthanen. So schloß, nach Philons Bericht, der Kaiser Caligula, und folgerte aus dieser Aehnlichkeit mit ziemlicher Consequenz, daß die Könige Götter, oder die Unterthanen Vieh wären.

Der Schluß des Caligula stimmt mit jenem überein, den Hobbes und Grotius machten. Aristoteles hatte vor ihnen allen auch gesagt, daß die Menschen nicht von

Natur gleich wären, sondern dafs die einen zur Sklaverey und die andern zum Herrschen gebohren würden.

Aristoteles hatte Recht, aber er verwechselte die Wirkung mit der Ursache. Jeder in der Knechtschaft geborne Mensch, wird zur Knechtschaft gebohren: nichts ist gewisser. In den Fesseln verliert der Mensch alles, bis auf das Verlangen, sich ihrer zu entledigen: er liebte seine Dienstbarkeit, wie die Gefährten des Ulysses ihre Thierheit liebten. *)
Giebt es also Sklaven von Natur, so find sie es, weil es Sklaven gab, die es auf widernatürliche Weise wurden. Die Gewalt

*) Man sehe den kleinen Traktat des Plutarchus: die Thiere handeln vernunftgemäfs. —
In Rücksicht der politischen Knechtschaft ist R—s Behauptung oft wahr: in Rücksicht der persönlichen aber nicht.

hat die ersten Sklaven gemacht: die Nichtswürdigkeit derselben hat ihr Geschlecht verewigt.

Ich habe nichts von dem Könige Adam gesagt, noch von dem Kaiser Noah, dem Vater dreier grossen Monarchen, welche die Welt unter sich theilten, wie die Söhne des Saturns, die man in ihnen hat erkennen wollen. Ich hoffe, dass man mir für diese Mässigung Dank wissen wird: denn da ich in gerader Linie von einem dieser Fürsten, und vielleicht von der ältesten Linie abstamme: wer weiss, ob eine Beprüfung meiner Ansprüche nicht bewiese dass ich der rechtmässige König des Menschengeschlechts sey? Doch dem sey wie ihm wolle; man kann nicht läugnen, dass Adam König der Welt gewesen sey, wie Robinson König seiner Insel, so lange er sie allein bewohnte.

Das Bequemste bey diesem Reiche, war, daß
der Monarch, sicher auf seinem Throne,
weder Aufrühre, noch Kriege, noch Ver-
schwörer zu fürchten hatte.

Drittes Kapitel.

Vom Recht des Stärkern.

Der Stärkste ist niemals stark genug, beständig zu herrschen, wenn er seine Stärke nicht in Recht, und den Gehorsam in Pflicht verwandelt. Daher stammt das Recht des Stärkern, ein Recht das man dem Anscheine nach nur aus Ironie anführt, das aber in der That als Grundsatz gilt. Wird man uns aber niemals dies Wort erklären? Die Stärke ist ein physisches Vermögen: ich sehe nicht welche moralische Folgerung aus ihren Wirkungen entspringen kann. Der Gewalt nachgeben ist eine Handlung der Nothwendigkeit, nicht des Willens; höchstens kann es für eine Handlung der Klugheit

gelten. In welcher Rücksicht kann es Pflicht seyn?

Wir wollen für einen Augenblick dieß angebliche Recht gelten lassen: nichts als ein unauflösbarer Galimathias, behaupte ich, folgt aus demselben. Denn sobald die Stärke das Recht macht, so wird die Wirkung mit der Ursache verwandelt: jede Stärke welche die erste überwiegt, tritt in die Rechte derselben. Sobald man ungestraft ungehorsam seyn kann, ist man berechtigt es zu seyn: und da der Stärkste immer Recht hat, braucht man nur seine Maafsregeln so zu nehmen, dafs man der Stärkste sey. Aber was ist ein Recht, das mit der Stärke aufhört? Wann man aus Zwang gehorchen mufs, braucht man es nicht aus Pflicht, und wenn man nicht mehr zum Gehorsam gezwungen wird, ist man auch nicht mehr dazu verpflichtet. Man

steht also, daß das Wort Recht, der Stärke kein größeres Gewicht giebt: es ist hier völlig sinnlos.

„Gehorchet den Gewaltigen.“ Heißt das, gebet der Uebermacht nach, so ist das Gebot gut, aber überflüssig. Jede Gewalt kommt von Gott, das gesteh' ich ein: aber jede Krankheit kommt auch von ihm. Sollte es darum verboten seyn, den Arzt zu rufen? Ueberfällt mich ein Straßenträuber im Walde, so bin ich gezwungen, ihm meine Börse zu geben; wäre ich aber im Stande sie ihm zu entziehen: verbindet mich das Gewissen sie ihm zu reichen? Seine Pistole ist ja auch eine Gewalt.

Wir wollen also nur gestehen, daß Stärke kein Recht gewährt, und daß man nur der rechtmäßigen Gewalt Gehorsam schuldig ist. Wir kommen also immer auf meine erste Frage zurück.

Viertes Kapitel:

Von der Sklaverey.

Da kein Mensch/ eine natürliche Gewalt über seinen Nächsten hat, und da die Stärke kein Recht giebt, so bleiben nur noch die Abmachungen, als Grundlage aller rechtmäßigen Gewalt unter den Menschen, übrig.

Kann ein Einzelner, sagt Grotius, seine Freyheit veräußern, und sich zum Sklaven eines Herrn machen: warum sollte ein ganzes Volk nicht auch die seinige veräußern und sich einem Könige unterwerfen können? Dieser Satz enthält viele vieldeutige Ausdrücke, die einer Erörterung bedürften: aber wir wollen uns nur an das Wort „veräußern“ halten. Veräußern heißt ver-

schenken oder verkaufen. Wenn aber ein Mensch sich zum Sklaven eines andern macht, so verschenkt er sich nicht, er verkauft sich, zum wenigsten für den Unterhalt. Wofür verkauft sich denn ein Volk? Weit entfernt daß ein König seinen Unterthanen Unterhalt reiche, bezieht er den seinigen nur von ihnen, und nach Rabelais braucht ein König nicht wenig. Die Unterthanen verschenken also ihre Person unter der Bedingung, daß man ihnen auch ihr Vermögen nehme? Ich sehe nicht, was ihnen dann noch übrig bleibt.

Man wird sagen, der Despot sichert seinen Unterthanen bürgerliche Ruhe. Es sey; aber was gewinnen sie bey derselben, wenn die Kriege, die sein Ehrgeiz ihnen zuzieht, wenn seine unerfättliche Habgier, wenn die Erpressungen seiner Minister sie mehr bedrängen, als ihre Zwistigkeiten es

könnten. Was gewinnen sie dabey, wenn diese Ruhe selbst ein Theil ihres Elendes ist? Auch in den Gefängnissen lebt man ruhig: ist das genug, um in denselben glücklich zu seyn? Die Griechen, die in der Höle des Cyklopen eingesperrt waren, lebten dort ruhig, bis sie die Reihe traf, verschlungen zu werden.

Wer da sagt, ein Mensch vergebe sich umsonst, bringt eine unbegreifliche Abgeschmacktheit vor. Eine solche Handlung ist widergesetzlich und nichtig, schon deshalb, weil der Handelnde nicht bey gesunder Vernunft ist. Wer dasselbe von einem Volke sagt, setzt ein Volk voraus, das aus lauter Wahnsinnigen besteht, und Wahnsinn schafft kein Recht.

Könnte jeder auch sich selbst veräußern, so kann er doch nicht seine Kinder veräußern. Als Menschen und frey werden sie

gebohren. Ihnen gehört ihre Freyheit, und niemand, als sie selbst, kann darüber schalten.

So lange sie nicht zum Alter der Vernunft gelangt sind, kann der Vater in ihrem Namen zu ihrer Erhaltung, zu ihrem Wohlfeyn Bedingungen vefsetzen: aber er kann sie nicht unwiderruflich und ohne Bedingungen hingeben. Eine folche Hingabe ist den Absichten der Natur zuwider, und überschreitet alle väterliche Gerechtsame. Wenn also eine willkührliche Regierung rechtmäfsig seyn sollte, müfste es von jeder Generation des Volkes abhängen, sie anzunehmen oder zu verwerfen: aber dann wäre diese Regierung nicht mehr willkührlich.

Der Freyheit entfagen, heifst seiner Menschheit, den Menschenrechten, selbst seinen Pflichten entfagen. Für den, der auf alles Verzicht thut, ist keine Entschädigung möglich. Eine folche Entfagung ist unver-

einbar mit der Natur des Menschen: wer seinem Willen alle Freyheit nimmt, nimmt seinen Handlungen alle Moralität. Kurz, es ist eine nichtige und sich selbst widersprechende Uebereinkunft, auf einer Seite unbeschränkte Gewalt, und auf der andern gränzenlosen Gehorsam fest zu setzen. Ist es nicht klar, daß man demjenigen nichts schuldig ist, von dem man das Recht hat, alles zu fordern, und zieht diese einzige Bedingung ohne Ersatz, ohne Tausch, nicht die Nichtigkeit des ganzen Vorganges nach sich? Denn welches Recht könnte mein Sklave gegen mich haben, da alles was er hat, mir gehört? Auch sein Recht gehörte mir, und mein Recht gegen mich selbst ist ein Wort ohne Sinn.

Grotius und andere sehen in dem Kriege eine andere Quelle des angeblichen Knechtschaft-Rechtes. Der Ueberwinder, sagen sie,

hat das Recht den Ueberwundenen zu tödten; dieser kann also sein Leben für seine Freyheit erkaufen, eine Uebereinkunft die um so rechtmässiger ist, da beyde Theile dabey gewinnen.

Aber es ist klar, dafs das vorgebliche Recht die Ueberwundenen zu tödten, keinesweges aus dem Kriegsstande entspringe. Schon daher dafs die Menschen in ihrer ursprünglichen Unabhängigkeit in keinem Verhältniss zu einander stehen, das daurend genug wäre, um einen Krieges- oder Friedensstand bestimmen zu können, schon daher sind sie nicht von Natur Feinde. Nicht das Verhältniss der Menschen, sondern der Sachen bildet den Krieg; und da der Kriegsstand nicht aus den einfachen persönlichen Beziehungen, sondern nur aus den Sachverhältnissen entspringen kann, so ist der Privatkrieg, oder der Krieg des Einzelnen gegen den Einzel-

nen, nicht möglich, weder im Stande der Natur, wo es kein Eigenthum giebt, noch im gesellschaftlichen Stande, wo alles unter der Gewalt der Gesetze ist.

Die Privatgefechte, die Zweykämpfe, die Scharmützel sind nicht Verhandlungen, die einen Stand bilden. Die Privat-Kriege, die durch die Einrichtungen Ludwigs des Neunten, Königs von Frankreich, für rechtlich erklärt, und durch den Gottesfrieden abgeschafft wurden, waren Mißbräuche der Lehns-Regierung, des abgeschmacktesten aller Systeme, das den Grundsätzen des Naturrechts und jeder gefunden Staatskunst widerspricht.

Der Krieg ist also nicht ein Verhältniß eines Menschen zum andern, sondern eines Staates zum andern, bey welchem die Einzelnen nur zufällig Feinde sind, nicht als

Menschen, selbst nicht als Bürger,*) sondern als Soldaten, nicht als Glieder des Vaterlandes, sondern als Vertheidiger desselben.

*) Die Römer, die das Kriegerrecht besser als irgend ein Volk in der Welt kannten und ehrten, trieben die Gewissenhaftigkeit in diesem Stücke so weit, dass es keinem Bürger erlaubt war, als Freywilliger zu dienen, ohne sich ausdrücklich verpflichtet zu haben, gegen den Feind, und zwar namentlich gegen einen bestimmten Feind, zu sechten. Eine Legion, in der Cato der Sohn, unter Popilius seine ersten Dienste that, war umgebildet worden; Cato, der Vater, schrieb daher an Popilius, wenn er wünsche, dass sein Sohn fortführe unter ihm zu dienen, so solle er ihm einen neuen Kriegseid leisten lassen. Sein erster Eid sey aufgehoben, daher könne er nicht länger die Waffen gegen den Feind führen. Derselbe Cato schrieb seinem Sohne, er solle sich hüten

Kurz, jeder Staat kann nur andere Staaten zu Feinden haben, und nicht Menschen, da man unter Dingen von verschiedener Natur kein wahres Verhältniß festsetzen kann.

Dieser Grundsatz stimmt mit den Maximen aller Zeitalter, und mit dem beständigen Gebrauch aller policirten Völker überein. Die Kriegserklärungen sind nicht sowohl Benachrichtigungen der Mächte, als ihrer Unterthanen. Der Fremde, sey er nun König, Privatmann oder ein Volk, — der Unterthanen beraubt, tödtet oder gefangen hält,

in die Schlacht zu gehen, eh' er den neuen Eid geleistet habe. Ich weiß wohl, daß man mir die Belagerung von Clusium und andre einzelne Vorfälle entgegen setzen könnte. Aber ich führe Gesetze und Gebräuche an. Die Römer haben am seltensten ihre Gesetze überschritten, und sie sind die einzigen, welche so schöne Gesetze hatten.

ohne dem Fürsten derselben den Krieg anzukündigen, ist nicht ein Feind: er ist ein Räuber. Selbst im Laufe des Krieges bemächtigt ein gerechter Fürst sich im feindlichen Lande wohl alles dessen, was dem Gemeinwesen gehört, aber er verschont die Person und das Vermögen der Einzelnen: er beachtet die Rechte, auf denen sich die seinigen gründen.

Der Zweck des Krieges ist die Zerstörung des feindlichen Staats: man hat also das Recht, die Vertheidiger desselben zu tödten, so lange sie die Waffen in der Hand haben. So bald sie aber das Gewehr strecken und sich ergeben, hören sie auf Feinde oder Werkzeuge des Feindes zu seyn: sie werden wieder bloß Menschen, und man hat kein Recht mehr über ihr Leben. Zuweilen kann man den Staat tödten, ohne einem einzigen seiner Glieder das Leben zu nehmen: der Krieg aber giebt kein Recht, das nicht den

Zweck deffelben beziele. Diese Grundfätze stimmen nicht mit denen des Grotius überein; sie find nicht auf dem Anfehen der Dichter gegründet, aber sie fließen aus der Natur der Sachen, und gründen sich auf die Vernunft.

Das Eroberungsrecht hat keine andre Grundlage als das Gesetz des Stärkern. Wenn der Krieg dem Sieger nicht das Recht giebt, die überwundenen Völker nieder zu hauen, so kann dieß Recht, das er nicht besitzt, ihn auch nicht berechtigen, sie zu unterjochen. Man hat nicht das Recht, dem Feind zu tödten, als wenn man ihn nicht zum Sklaven machen kann; das Recht ihn zum Sklaven zu machen, entspringt also nicht aus dem Rechte ihn zu tödten. Es ist also ein unmenschlicher Tausch, ihm für seine Freyheit sein Leben, auf das man kein Recht hat, zu verkaufen. Wenn man das

Recht über Leben und Tod auf dem Rechte der Sklaverey gründet, und das Recht der Sklaverey auf dem Rechte über Leben und Tod: ist es nicht deutlich, daß man einen fehlerhaften Zirkelschluss macht?

Selbst wenn man auch das schreckliche Recht alles zu tödten, anerkennt, so behaupte ich doch, daß im Kriege gemachte Sklaven und ein erobertes Volk, ihrem Herrn zu nichts verpflichtet sind, als ihm so lange zu gehorchen, als man sie dazu zwingt. Der Ueberwinder liefs sie das Leben eintauschen: er schenkt es ihnen also nicht. Anstatt den Sklaven fruchtlos zu tödten, hat er ihn nur auf eine nützliche Weise getödtet. Weit entfernt also, daß er über ihn irgend eine mit der Stärke verbundene Autorität erlangt haben sollte, dauert der Kriegszustand zwischen ihnen noch immer fort, wie vorher. Ihr Verhältniß selbst ist eine Wir-

kung davon, und die Ausübung des Kriegsrechts setzt keinen Friedens-Vertrag voraus. Sie haben eine Uebereinkunft getroffen; es sey: aber diese Uebereinkunft, weit entfernt den Kriegstand aufzuheben, beruht auf die Fortdauer desselben.

Von welcher Seite man die Sache ansehen mag, immer bleibt das Recht der Sklaverey nichtig, nicht nur weil es ungesetzmässig, sondern auch weil es abgeschmackt ist und keinen Sinn hat. Die Worte Sklaverey und Recht widersprechen einander, und heben sich gegenseitig auf. Spräche es der Einzelne zum Einzelnen, spräche es ein Einzelner zum Volke, immer wäre es gleich unsinnig, zu sagen: „Ich treffe einen Vertrag mit dir, der nur dich drücken, nur mir nützen soll; ich werde ihn halten so lange es mir gefällt, und du sollst ihn halten, so lange es mir gefällt.“

Fünftes Kapitel.

Immer muß man zu einem Urvertrage hinauf gehn.

Wenn ich alles, was ich bisher widerlegt habe, zugestände, so wären die Beschützer des Despotismus darum nicht weiter gekommen. Immer bleibt ein großer Unterschied zwischen der Unterjochung einer Menge und der Regierung einer Gesellschaft. Gerathen zerstreute Menschen nach einander unter die Herrschaft eines einzigen, so sehe ich dabey, sie mögen noch so zahlreich seyn, doch nur einen Herrn und seine Sklaven, nicht ein Volk und sein Oberhaupt. Es ist, wenn man will, eine Versammlung, nicht eine Verbindung. Sie haben weder ein Gemeinwohl, noch bilden sie einen Staatskörper.

Dieser Mensch, und hätte er die halbe Welt unterjocht, bleibt stets ein Privatmann, und sein Nutzen, getrennt von dem Nutzen der übrigen, ein Privatnutzen. Kommt er um, so bleibt sein Reich zerstückt und ohne Verbindung zurück, wie eine Eiche die das Feuer verzehrte, sich auflöst und in einen Haufen Asche zerfällt.

Ein Volk, sagt Grotius, kann sich einem Könige übergeben. Nach Grotius ist ein Volk also schon ein Volk, ehe es sich einem Könige übergiebt. Diese Uebergabe selbst ist eine Staats-Verhandlung und setzt eine öffentliche Berathschlagung voraus. Ehe man also die Verhandlung untersucht, durch die ein Volk einen König erwählt, thäte man wohl, die Verhandlung zu prüfen, durch welche das Volk Volk ist. Denn diese, die nothwendig vor jener hergehen muß, ist die wahre Grundlage der Gesellschaft.

In der That, wenn es keine vorhergehende Uebereinkunft gäbe, wo wäre, wofern nicht anders die Wahl einstimmig geschähe, die Verbindlichkeit der kleinern Anzahl, sich der Wahl der größern zu unterwerfen? Woher hätten hundert, die einen Herrn verlangen, das Recht für zehn, die keinen wollen, zu stimmen? Das Gesetz der Stimmenmehrheit ist selbst nur durch Verabredung gültig und setzt voraus, daß wenigstens einmal Einstimmigkeit geherrscht habe.

Sechstes Kapitel.

Von dem gesellschaftlichen Vertrage.

Ich nehme an, die Menschen seyen zu der Stufe gelangt, wo die Hindernisse, die ihrer Erhaltung im Naturstande schaden, die Kräfte überwiegen, die jeder Einzelne zu seiner Behauptung in diesem Stande anwenden kann. Dann kann dieser ursprüngliche Zustand nicht mehr fortdauern, und das Menschengeschlecht würde aussterben, wenn es nicht seine Art des Daseyns veränderte.

Da nun die Menschen keine neuen Kräfte hervorbringen, sondern nur die vorhandenen vereinigen und lenken können, so haben sie kein anderes Mittel sich zu erhalten, als daß sie durch Anhäufung eine Summe von Kräften hervorbringen, die den Widerstand

überwiegen; — und daß sie sie ferner durch eine einzige Triebfeder in Bewegung bringen und gemeinschaftlich wirken lassen.

Diese Summe von Kräften kann nur durch das Zusammentreten mehrerer entstehen. Aber, da die Stärke und die Freyheit jedes Menschen die vornehmsten Werkzeuge seiner Erhaltung sind, wie kann er sie hingeben, ohne sich zu schaden und die Sorgfalt zu vernachlässigen, die er sich selbst schuldig ist? Wird diese Schwierigkeit auf meinen Gegenstand angewandt, so läßt sie sich so ausdrücken:

„Wie findet man eine Form der Vereinigung, welche die Person und die Habe jedes Verbündeten mit der ganzen gemeinschaftlichen Stärke vertheidigt, und bey der jeder, indem er sich mit allen vereinigt, doch nur sich selbst gehorcht und so frey bleibt, als er war?“ Das ist das Grund-

problem von dem der gesellschaftliche Vertrag die Auflösung giebt.

Die Punkte dieses Vertrages sind, durch die Beschaffenheit der Verhandlung selbst, so bestimmt, daß die geringste Abänderung sie nichtig und unwirksam machen müßte. Obgleich sie also vielleicht nirgend förmlich abgefaßt wurden, sind sie sich doch überall gleich, überall stillschweigend angenommen und anerkannt, so, daß durch den Bruch des gesellschaftlichen Vertrages, jeder in seine ersten Rechte zurücktritt, und seine natürliche Freyheit in dem Augenblicke wieder erhält, in welchem er die bedungene Freyheit, für die er sie aufgab, verliert.

Wenn man diese Punkte im gehörigen Sinne nimmt, lassen sie sich alle auf einen einzigen zurückbringen: nemlich, daß sich jeder Verbündete mit allen seinen Rechten dem Allgemeinen völlig übergiebt. Denn da

immer bewandte Gefühl

sich jeder ganz hingiebt, ist die Bedingung für alle gleich, und ist sie das, so findet keiner Vortheil dabey, sie drückend für die andern zu machen.

Noch mehr! Da die Uebergabe ohne Vorbehalt geschieht, so ist die Vereinigung so vollkommen als sie es seyn kann, und kein Verbündeter hat einen Anspruch weiter. Blicke dem Einzelnen irgend ein Recht, so wäre, — da es kein gemeinschaftliches Oberhaupt gäbe, das zwischen ihm und dem Gemeinwesen absprechen könnte, — so wäre jeder in einem Stücke sein eigener Richter, und würde bald verlangen es in allen zu seyn: der Naturstand würde fort dauern und die Verbindung müßte nothwendig Tyranney werden oder sich auflösen.

Kurz, indem sich jeder allen übergiebt, ergiebt er sich keinem. Ueber jeden Verbündeten erlangt er dasselbe Recht das er

ihm über sich einräumt und erhält folglich den Ersatz für alles was er verliert, gewinnt aber mehr Stärke, das zu bewahren, was er hat.

Entfernt man also alles vom gesellschaftlichen Vertrage, was nicht zu dem Wesentlichen desselben gehört, so wird sein Inhalt folgender bleiben: „Jeder von uns giebt gemeinschaftlich seine Person und seine Kräfte „unter die obere Leitung des allgemeinen „Willens, und wir erkennen insgesammt „jedes Mitglied für einen unzertrennlichen Theil des Ganzen an.“

In dem Augenblick bildet dieser Verbindungsakt, statt der einzelnen Person jedes Contrahirenden, einen moralischen und zusammengesetzten Körper, der aus so viel Gliedern als die Versammlung Stimmen hat, besteht, und durch diesen Akt seine Einheit, sein gemeinschaftliches Ich, sein Leben und

seinen Willen erhält. Diese öffentliche Person die so aus der Verbindung aller andern entsteht, *) heisst ein Gemeinwesen oder eine Republik, oder ein Staats-Körper. Er wird von seinen Gliedern Staat genannt, wenn er sich leidend verhält; Souverain, wenn er

*) Rousseau sagt eigentlich „hieſs ehemals Cité und heisst jetzt Republik.“ Er beweist in einer Anmerkung dass man im alten Frankreich die Worte Cité und Citoyens im Grunde nicht verstand: Vielleicht hätte die französische Sprache sie gar nicht, nemlich in ihrem wahren Sinne, wenn man nicht in Genf französisch spräche. Im Teutschen giebt es keine gleichbedeutende Worte, denn ein Bürger, von Burg, ist offenbar ganz was anders, als ein römischer Civis, — Sonderbar genug, da das teutsche Reich selbst eine Art von Republik ist, und so viele sogenannte Freystaaten enthält.

selbst handelt; Macht, wenn man ihn mit andern seiner Art vergleicht. Die Verbündeten hingegen heißen zusammen genommen Volk; einzeln Staatsbürger (Citoyens,) weil sie Theilhaber der Obergewalt, — und Unterthanen, weil sie den Gesetzen unterworfen sind. Aber diese Ausdrücke werden oft mit einander verwirrt und verwechselt. Es ist genug daß man sie zu unterscheiden weiß, wann sie in ihrer ganzen Bestimmtheit gebraucht werden.

Siebentes Kapitel.

Von dem Souverain.

Man sieht aus jener Formel, daß die Verbindungsakte eine wechselseitige Verpflichtung des Gemeinwesens und seiner Glieder enthalte und daß jeder Einzelne, indem er so zu sagen, mit sich selbst einen Vertrag macht, sich eine doppelte Verpflichtung auflegt: nemlich als Glied, des Souverains gegen die Einzelnen, und als Glied des Staats gegen den Souverain. Man kann aber hier nicht den Grundsatz des bürgerlichen Rechts anwenden, daß niemand durch die Versprechungen, die er sich selbst thut, zu etwas verpflichtet werde. Es ist ein großer Unterschied unter Versprechun-

gen die man sich selbst thut, und denen, die man einem Ganzen leitet, von dem man ein Theil ist.

Man muß ferner bemerken, daß die öffentliche Berathschlagung, welche die Unterthanen dem Souverain durch die beyden verschiedenen Rücksichten, in der man jeden betrachten muß, verpflichtet, aus dem entgegengesetzten Grunde dem Souverain keine Verpflichtung gegen ihn selbst auferlegen kann, und daß es folglich gegen die Natur eines Staatskörpers ist, daß der Souverain sich ein Gesetz auferlege, welches er nicht brechen könne. Er kann sich nur in einer einzigen Rücksicht betrachten, und befände sich also dann in dem Fall eines Privatmannes, der mit sich selbst einen Vertrag machte. Hieraus erhellt, daß ein verbindendes Grundgesetz für den Volkskörper weder da ist, noch da seyn kann; nicht ein-

mal der gesellschaftliche Vertrag kann dafür angesehen werden. Das heisst indessen nicht, dieser Körper könne sich nicht einem Andern zu irgend etwas, das nur jenen Vertrag nicht verletzt, verbindlich machen: denn in Ansehung des Fremden wird er ein einfaches einzelnes Wesen.

Der Staatskörper oder der Souverain verdankt aber sein Daseyn bloß der Heiligkeit des Vertrages: folglich kann er sich selbst einem andern, zu nichts verbindlich machen, was diesen ursprünglichen Vertrag verletzt, z. B. einen Theil seiner selbst, zu veräußern oder sich einem andern Souverain zu unterwerfen. Den Vertrag der ihm das Daseyn giebt, brechen, hiesse sich vernichten, und nichts wirkt nichts.

So bald diese Menge auf die Art in einen Körper verbunden ist, kann man kein Glied

desselben beleidigen, ohne den Körper anzugreifen; noch weniger den Körper angreifen, ohne daß die Glieder darunter leiden. So verbindet Pflicht und Nutzen beyde kontrahirende Theile auf gleiche Weise, sich gegenseitig zu unterstützen, und dieselben Menschen müssen in dieser doppelten Beziehung alle Vortheile zu verbinden suchen, die davon abhängen.

Der Souverain nun, der nur von den Einzelnen, aus denen er besteht, gebildet wird, hat kein Intresse, das dem ihrigen widerspricht, und kann es nicht haben. Demzufolge bedarf die herrschende Macht keines Bürgen bey den Unterthanen. Unmöglich kann der Körper allen seinen Gliedern schaden wollen: daß er keinem derselben einzeln schaden könne, werden wir weiterhin sehn. Der Souverain, dadurch allein:

dass er existirt, ist immer völlig was er seyn soll.

Mit dem Verhalten der Unterthanen gegen den Souverain ist es aber anders: ungeachtet des gemeinschaftlichen Nutzens könnte ihm nichts für ihre Verheissungen bürgen, wenn er nicht Mittel fände, sich ihrer Treue zu versichern.

Wirklich kann jeder Einzelne als Mensch einen besondern Willen haben, der dem allgemeinen Willen, den er als Staatsbürger hat, widerspricht, oder doch von ihm verschieden ist. Sein besonderer Vortheil kann etwas anders von ihm verlangen, als der gemeinschaftliche. Sein bestimmtes und von Natur unabhängiges Daseyn kann ihn das, was er dem Gemeinwesen schuldig ist, als einen freywilligen Beytrag ansehen lassen, dessen Einbüßung den andern weniger schaden könne, als ihm die Abtragung beschwer-

lich ist. Er könnte die moralische Person, die den Staat bildet, für ein Vernunft - Wesen halten, weil sie kein Mensch ist, und der Rechte des Staatsbürgers genießen, ohne die Pflichten des Unterthans erfüllen zu wollen: eine Ungerechtigkeit, deren Fortschritte den Untergang des Staatskörpers verursachen würde.

Damit also der gesellschaftliche Vertrag nicht ein leeres Formular sey, enthält er stillschweigend diese Abmachung, die allein den übrigen Kraft geben kann: daß jeder, der dem allgemeinen Willen den Gehorsam verweigert, von dem ganzen Körper dazu gezwungen werden solle. Das heißt nichts weiter, als daß man ihn zwingen werde, frey zu seyn: denn das ist die Bedingung die jeden Bürger, indem sie ihn dem Vaterlande einverleibt, gegen alle persönliche Abhängigkeit sichert; eine Bedingung, von

der die Zusammensetzung und Wirkfamkeit
der politischen Maschine abhängt. Sie allein
gibt den bürgerlichen Verbindungen Recht-
mäßigkeit: ohne sie wären diese abgeschmackt,
tyrannisch und den ungeheuersten Misbräu-
chen unterworfen.

Achtes Kapitel.

Staatsbürgerlicher Zustand.

Dieser Uebergang aus dem Stande der Natur in den staatsbürgerlichen, wirkt in dem Menschen eine sehr merkwürdige Veränderung, denn er setzt in dem Betragen desselben die Gerechtigkeit an die Stelle des Instinkts, und giebt seinen Handlungen die Moralität, die ihnen vorher fehlte. Die Stimme der Pflicht ertönt statt des physischen Triebes, das Recht befiehlt statt der Begierde, und alsdann sieht der Mensch, der bis dahin nur auf sich selbst Rücksicht nahm, sich gezwungen, nach andern Grundsätzen zu handeln, und die Vernunft zu Rathe zu zie-

hen, ehe er seinen Neigungen folgt. Obgleich er sich in diesem Stande mehrerer Vortheile begiebt, die ihm die Natur gewährte, so erhält er doch viel grössere zum Ersatz. Seine Fähigkeiten werden geübt und entwickelt, seine Begriffe erweitert, seine Gefühle veredelt, seine ganze Seele in dem Grade erhoben, daß, wenn der Misbrauch seines neuen Zustandes ihn nicht oft unter seinen vorigen erniedrigte, er unaufhörlich den glücklichen Augenblick segnen müßte, der ihn dem letztern auf ewig entrifs, und aus einem geistlosen beschränkten Thiere, ein einsichtsvolles Wesen, einen Menschen machte.

Wir wollen diese Abwägung auf leicht zu vergleichende Punkte bringen. Der Mensch verliert durch den gesellschaftlichen Vertrag seine natürliche Freyheit und ein unbegrenztes Recht auf alles was ihn reizt und er

abreichen kann. Dafür gewinnt er die bürgerliche Freyheit und das Eigenthum alles dessen, was er besitzt. Um sich in diesen Abwägungen nicht zu betrügen, muß man die natürliche Freyheit, die keine Schranken kennt, als die Kräfte des Einzelnen, von der bürgerlichen Freyheit, welche der allgemeine Wille beschränkt, unterscheiden, so wie den Besitz, die Wirkung der Stärke oder das Recht des ersten Ergreifers, von dem Eigenthume, das sich nur auf einem positiven Anspruch gründen kann.

Dem Obigen zufolge könnte man zu den Vortheilen des staatsbürgerlichen Standes noch die moralische Freyheit hinzu fügen, die allein den Menschen wirklich zum Herren über sich selbst macht; denn der Drang der bloßen Begierde ist Sklaverey, und der Gehorsam gegen das Gesetz, das man sich selbst auflegte, ist Freyheit. Aber ich habe

schon zu viel über diesen Punkt gesagt, und
der philosophische Sinn des Wortes Freyheit
gehört nicht zu meinem jetzigen Gegen-
stande.

Neuntes Kapitel.

Von den wahren Staatsgütern.

Jedes Glied der Gesellschaft übergiebt sich ihr in dem Augenblick ihres Entstehens, nemlich, sich und seine Kräfte, von denen seine Güter einen Theil ausmachen. Zwar verändert der Besitz, indem er durch diesen Vertrag in andre Hände kommt, keinesweges seine Natur, und wird nicht Eigenthum des Beherrschers: aber da die Kräfte des Gemeinwesens die eines Privatmannes unendlich übersteigen, so ist der öffentliche Besitz auch in der Ausübung viel sicherer begründet und viel unwiderruflicher, ohne deswegen rechtmässiger zu seyn, zum wenigsten in Rücksicht der Fremden. Denn in Ansehung seiner Glieder ist der Staat durch

den gesellschaftlichen Vertrag, der zur Grundlage aller Rechte dient, Herr ihrer Güter: aber in Ansehung der andern Mächte ist er es nur durch das Recht des ersten Besitzes, das er von den Einzelnen erhielt.

Das Recht des ersten Besitzes, obgleich es gegründeter ist als das Recht des Stärkern, wird erst durch Festsetzung des Eigenthums ein wahres Recht. Jeder Mensch hat von Natur ein Recht auf alles, dessen er bedarf, aber der bestimmte Vertrag, der ihn zum Eigenthümer irgend eines Gutes macht, schließt ihn von allem Uebrigen aus. Wenn sein Antheil bestimmt ist, muß er sich auf denselben einschränken, und hat weiter kein Recht auf die gemeinschaftlichen Güter. Aus diesem Grunde wird das Recht des ersten Besitzes, das im Naturstande so schwach ist, dem civilisirten Menschen ehrwürdig. Er ehrt es, nicht sowohl weil die fremden

Güter einem andern, als weil sie nicht ihm gehören.

Ueberhaupt müssen folgende Bedingungen eintreten, um das Recht des ersten Besitzes auf irgend ein Stück Land zu begründen. Erstlich muß dieses Land noch von niemand bewohnt werden; zweytens muß man nur so viel davon einnehmen, als man zum Unterhalt bedarf; drittens muß man sich in den Besitz davon setzen, nicht durch eine leere Ceremonie, sondern durch Arbeit und Anbau, die einzigen Zeichen des Eigenthums die, in Ermangelung gerichtlicher Ansprüche, von andern beachtet werden müssen.

Heißt es nicht wirklich dem Rechte des ersten Besitzes die möglichste Ausdehnung geben, wenn man es dem Bedürfnis und der Arbeit zugesteht? Kann man dies Recht unbeschränkt lassen? Ist es genug, ein gemeinschaftliches Stück Landes zu be-

treten, um so gleich für den Herrn desselben gelten zu wollen? Wenn man so stark ist, für einen Augenblick die übrigen Menschen von demselben zu vertreiben, reicht das hin, ihnen das Recht der Rückkehr zu nehmen? Wie kann ein Mensch oder ein Volk sich eines unermesslichen Erdstrichs bemächtigen, und es dem ganzen Menschengeschlechte rauben, ohne eine strafbare Usurpation zu üben, da er den übrigen Menschen die Wohnung und die Nahrungsmittel entzieht, welche die Natur allen gemeinschaftlich gab. Als Nunnez Balbao im Namen der Krone von Castilien am Strande Besitz vom Südmeere und dem ganzen mittäglichen Amerika nahm, war dieses hinreichend, um es den Bewohnern zu rauben, und alle andre Fürsten davon auszuschließen? Nach dieser Voraussetzung vermehrten sich die leeren Ceremonien sehr unnützer Weise, und Se. Ka-

tholische Majestät konnte sogleich von ihrem Cabinette aus, Besitz von der ganzen Welt nehmen, nur dafs sie hernach alles von ihrem Reiche ausschlofs, was die andern Fürsten schon vorher besaßen.

Man sieht, wie die vereinigten und zusammenhängenden Ländereyen der Einzelnen, Gebiet des Gemeinwesens werden, und wie das Recht der Oberherrschaft, indem es sich von den Unterthanen auf ihre Besitzungen ausdehnt, zugleich die Güter und die Personen einschließt. Dies setzt die Landbesitzer in eine grössere Abhängigkeit und macht ihre Kräfte selbst zu Bürgen ihrer Treue. Diesen Vortheil scheinen die Monarchen der Vorzeit nicht recht eingesehen zu haben, denn sie nannten sich nur Könige der Perfer, der Scythen, der Mazedonier, als wenn sie sich für Oberhäupter der Menschen, nicht für Herren des Landes gehalten

hätten. Die heutigen nennen sich viel schlauer Könige von Frankreich, von Spanien, von England etc. Auf die Art besitzen sie den Boden und sind also sehr sicher, auch die Bewohner desselben zu besitzen.

Das Sonderbare bey dieser Veräußerung ist, daß das Gemeinwesen, weit entfernt den Einzelnen ihre Besitzungen durch diese Aneignung zu rauben, ihnen vielmehr den rechtmässigen Besitz derselben zusichert, die Usurpation in Recht und den Genuß in Eigenthum verwandelt. Die Besitzer werden als Bewahrer des öffentlichen Vermögens angesehen, ihre Rechte werden von allen Gliedern des Staates geachtet, und durch die ganze Macht desselben gegen den Fremden geschützt. Sie haben also durch eine Abtretung, die dem Gemeinwesen, aber ihnen noch mehr, vortheilhaft ist, alles erworben, was sie hingaben. Dies Paradoxon

wird sehr leicht erklärt durch die Unterscheidung der Rechte, welche der Beherrscher und der Eigenthümer, wie man unten sehen wird, auf ein und dasselbe Grundstück haben.

Es kann geschehen, daß die Menschen anfangen sich zu vereinigen, ehe sie etwas besitzen, und wenn sie sich hernach eines für sie alle hinreichenden Erdstriches bemächtigten, es gemeinschaftlich genießen oder es unter sich vertheilen, entweder gleich oder nach Portionen, die der Souverain bestimmt. Wie dieser Erwerb auch geschehen mag, immer ist das Recht jedes Einzelnen auf sein besonderes Grundstück, dem Recht des Gemeinwesens auf alle, untergeordnet: ohne dem hätte das gesellschaftliche Band keine Festigkeit, und die Ausübung der Herrscherrechte keine wahre Kraft.

Ich werde dieses Kapitel und dieses Buch mit einer Bemerkung schließen, die

jedem gesellschaftlichen Systeme zur Grundlage dienen muß. Anstatt nemlich die natürliche Gleichheit aufzuheben, setzt der Urvertrag vielmehr eine moralische und gesetzliche Gleichheit an die Stelle der physischen Ungleichheit, welche die Natur unter den Menschen bewirken konnte. An Stärke und Geisteskraft können sie ungleich seyn, aber durch Uebereinkunft und Recht werden sie alle gleich. *)

**) Unter schlechten Regierungen ist diese Gleichheit nur scheinbar und täuschend; sie dient nur dazu, den Armen in seinem Elende, den Reichen im Besitz seiner Anmaassung zu erhalten. In der wirklichen Welt sind die Gesetze denen nützlich, die etwas besitzen, und denen die nichts haben, schädlich. Daraus folgt, daß der Stand der Gesellschaft nur dann den Menschen vortheilhaft ist, wenn jeder etwas, und keiner zu viel hat.*

Zweytes Buch.

Erstes Kapitel.

*Die Oberherrschaft kann nicht veräußert
werden.*

Die erste und wichtigste Folge der oben dargestellten Grundsätze ist, daß der allgemeine Wille allein die Kräfte des Staats, dem Zwecke seiner Errichtung, d. h. dem Gemeinwohl gemäß, lenken kann: denn wenn der Widerspruch der Privat-Vortheile die Errichtung der Gesellschaften nothwendig machte, so war es die Uebereinstimmung derselben Vortheile, durch welche diese Errichtung möglich wurde. Das Gemeinschaftliche dieser so verschiedenen Vortheile, bildet das gesellschaftliche Band, und

wenn es nicht einen Punkt gäbe, in dem die Vortheile aller zusammenträfen, so wäre keine Gesellschaft möglich. Diefem gemeinschaftlichen Vortheile nun allein gemäß, muß die Gesellschaft regiert werden.

Ich sage daher, die Oberherrschaft, welche die Ausübung des allgemeinen Willens ist, kann nicht veräußert, und der Souverain, als bloß collectives Wesen, nur durch sich selbst dargestellt werden. Die Macht kann wohl in andere Hände übergehen, aber nicht der Wille.

Obgleich es, in der That, nicht unmöglich ist, daß der Wille des Einzelnen in irgend einem Punkte mit dem allgemeinen Willen einstimmig sey, so ist das doch unmöglich, daß diese Einstimmigkeit dauerhaft und beständig sey, weil der Privat-Wille vermöge seiner Natur, nach Vorzügen; der allgemeine nach Gleichheit strebt.

Noch viel unmöglicher ist es, einen Bürgen dieser Einstimmigkeit zu haben, wenn sie auch ewig dauerte, — was nicht eine Wirkung der Kunst sondern des Zufalls wäre. Der Souverain kann wohl sagen: ich will gegenwärtig eben das, was ein gewisser Mensch will, oder doch zu wollen vorgiebt: aber er kann nicht sagen: auch morgen wird der Wille dieses Menschen mit dem meinigen übereinstimmen. Es ist widersinnig, daß der Wille sich Fessel für die Zukunft anlegen solle; auch hängt es von keinem Willen ab, in etwas einzustimmen, das dem Wohl des wollenden Wesens zuwider ist. Ein Volk, das unbedingten Gehorsam verspricht, löst sich also durch diesen Schritt selbst auf, und verliert die Eigenschaft eines Volks. Sobald es einen Herrn giebt, giebt es keinen Souverain mehr, und der Staatskörper ist in dem Augenblicke vernichtet.

Das heisst aber nicht, dass die Befehle der Oberhäupter nicht für den Ausdruck des allgemeinen Willens gelten könnten, so lange der Souverain die Freyheit hat, sich zu widersetzen, und es nicht thut. In einem solchen Falle muss man aus dem allgemeinen Schweigen auf die Einwilligung des Volkes schliessen. Ich werde mich weitläufiger hierüber erklären.

Zweytes Kapitel.

Die Oberherrschaft ist untheilbar.

Aus demselben Grunde, der die Oberherrschaft unveräußerlich macht, ist sie auch untheilbar. Denn der Wille ist entweder allgemein, *) oder er ist es nicht; er gehört dem Volkskörper oder einem Theile desselben. Im ersten Falle ist die Erklärung dieses Willens eine Ausübung der Oberherrschaft, und wird Gesetz. Im zweyten ist sie nur der Wille eines Einzelnen oder eine Aus-

*) Um allgemein zu seyn, ist es nicht immer nothwendig das der Wille einmütlig sey, aber das alle Stimmen mitgezählt werden, ist nothwendig. Jede förmliche Ausschließung hebt die Allgemeinheit auf.

übung der richterlichen Gewalt, höchstens eine Verfügung.

Weil aber unsere Staatskünstler nicht das Wesen der Oberherrschaft zerstückeln können, so thun sie es wenigstens mit dem Gegenstande derselben. Sie theilen sie in Kraft und Willen; in gesetzgebende und ausübende Macht; in Berechtigung zu Auflagen, zur Gerichtshegung und zum Kriegführen; in die innere Verwaltung und die Macht mit dem Fremden zu unterhandeln. Bald vermischen sie diese Theile und bald trennen sie dieselben. Sie verwandeln den Souverain in ein phantastisches zusammengeflicktes Wesen; sie thun, als wollten sie den Menschen aus verschiedenen Körpern zusammensetzen, von denen der eine nur Augen, der andere nur Arme, der dritte nur Beine und nichts weiter hätte. Die Marktschreyer in Japan, sagt man, zerstückeln ein

Kind vor den Augen der Zuschauer; dann werfen sie alle seine Glieder nach einander in die Luft, und — das Kind fällt lebendig und ganz wieder herab. Das sind ungefähr die Taschenspieler - Streiche unserer Staatskünstler. Nachdem sie den politischen Körper durch ein Kunststück, das des Marktes würdig ist, zerlegt haben, setzen sie ihn wieder zusammen, man weiß nicht wie.

Dieser Irrthum kommt daher, daß man sich nicht genaue Begriffe von der obersten Gewalt gemacht, und für Theile derselben angesehen hat, was nur Ausflüsse derselben sind. So sah man z. B. das Ankündigen des Krieges, den Abschluß des Friedens für Ausübungen der Oberherrschaft an, und betrog sich offenbar darin. Keine von diesen Verhandlungen ist ein Gesetz, jede nur eine Anwendung desselben, eine einzelne Verhandlung, welche das Eintreten des gesetzlich be-

stimmten Falles entscheidet. Man wird dieß deutlicher sehen, so bald der Sinn des Wortes „Gesetz“ festgesetzt wird.

Wollte man die übrigen Eintheilungen eben so untersuchen, so würde man finden, daß man sich jedesmal irrt, wenn man eine Zerspaltung der Obergewalt zu sehen glaubt. Man würde finden, daß die Rechte, welche man für einen Theil der Obergewalt hält, ihr untergeordnet sind, und einen obersten Willen voraussetzen, den sie nur ausführen.

Unbestimmbar groß ist die Dunkelheit, welche dieser Mangel an Genauigkeit in die Entscheidungen der Schriftsteller über das Staats - Recht, verbreitet hat, wenn sie nach ihren angenommenen Grundsätzen über die gegenseitigen Rechte der Könige und der Völker absprechen wollten. Jedermann kann im dritten und vierten Kapitel vom 1sten Buche des Grotius sehen, wie dieser gelehrte

Mann und sein Uebersetzer Barbeyrak sich in ihre Sophismen verwickeln und verwirren, aus Furcht zu viel oder zu wenig für ihre Absicht zu sagen, und Vorthelle zu verletzen, die sie vereinigen sollten. Grotius hatte sich nach Frankreich geflüchtet; er war unzufrieden mit seinem Vaterlande, und wollte sich bey Ludwig dem Dreyzehnten, dem sein Buch gewidmet ist, einschmeicheln. Aus diesem Grunde wendet er alles an, die Völker aller ihrer Rechte zu berauben, und sie den Königen, so künstlich als möglich, beyzulegen. Barbeyrak, der seine Uebersetzung einem Könige von England, George dem Ersten, widmete, hätte gewünscht, es eben so machen zu können. Zum Unglück zwang ihn aber die Vertreibung Jakobs des Zweiten, die er Abdankung nennt, auf seiner Hut zu seyn, Seitensprünge zu machen und Ausflüchte zu suchen, um Wilhelm nicht für ei-

nen Thronenräuber zu erklären. Hätten diese beyden Schriftsteller die wahren Grundsätze anerkannt, so wären alle Schwierigkeiten gehoben gewesen, und sie wären consequent geblieben: dann hätten sie aber ungefällige Wahrheiten vorgebracht und sich nur dem Volke empfohlen. Durch Wahrheit macht man kein Glück, und das Volk hat weder Gesandtschaften, noch Lehrstühle, noch Jahrgehälter zu vergeben.

Drittes Kapitel.

Ob der allgemeine Wille irren kann.

Aus dem Vorhergehenden folgt, daß der allgemeine Wille immer gerecht ist, und das allgemeine Wohl bezweckt; aber das folgt nicht daraus, daß die Berathschlagungen des Volks immer gleich untadelhaft sind. Man will immer sein Bestes, aber man erkennt es nicht immer. Nie kann man das Volk bestechen, aber man kann es betrügen, und nur dann scheint es, etwas Böses zu wollen.

Es ist oft ein großer Unterschied zwischen dem Willen Aller, und dem allgemeinen Willen. Dieser zieht nur das gemeine Beste in Betracht: jener sieht auf den Privat-Vortheil und ist nur eine Anzahl einzelner Willensmeinungen. Nehmt aber von diesen Willensmeinungen das plus und minus,

die sich einander aufheben, *) so bleibt als Differenz - Summe der allgemeine Wille.

Man nehme an, das Volk sey hinlänglich aufgeklärt und berathschlage, ohne dass die einzelnen Staatsbürger in einiger Verbindung ständen: immer würde aus der grossen Anzahl kleiner Differenzen der allgemeine Wille

*) Jedes Intresse, sagt der Marquis d'Argenson, beruht auf andern Grundsätzen. Die Uebereinstimmung „zweyer verschiedener Arten desselben entsteht nur, indem man sie einem Dritten entgegen setzt.“ Er hätte hinzufügen können, dass die Uebereinstimmung aller nur durch den Gegensatz jedes einzelnen derselben entsteht. Wenn es kein Privatintresse gäbe, so würde man das allgemeine, das niemals Hindernisse fände, gar nicht bemerken. Alles würde sich von selbst fügen, und die Politik hörte auf, eine Kunst zu seyn.

hervorgehen, und immer wäre die Berathschlagung rechtlich. Wenn aber Anzettelungen, kleine Gesellschaften zum Nachtheile der großen gemacht werden, so ist der Wille jeder dieser Gesellschaften ein allgemeiner in Rücksicht auf ihre Mitglieder, und ein einzelner in Ansehung des Staats. Dann kann man annehmen dafs nicht so viel Stimmende da sind, als Menschen, sondern nur so viele, als es Parteyen giebt. Die Differenzen werden weniger zahlreich und geben ein weniger allgemeines Resultat. Wenn, endlich, eine dieser Gesellschaften so groß ist, dafs sie alle andere überwältigt, so ist das Resultat nicht mehr eine Summe von kleinen Differenzen, sondern eine einzige Indifferenz. Dann giebt es keinen allgemeinen Willen mehr, und die siegende Meinung ist die Meinung eines Einzelnen.

Um also den Ausdruck des allgemeinen

Willens unverfälscht zu erhalten, muß es keine besondere Verbindungen im Staate geben, und jeder Staatsbürger muß seine eigne Meinung sagen. *) So war die in ihrer Art einzige und erhabne Einrichtung des großen Lykurg. Giebt es aber besondere Verbindungen, so muß man ihre Anzahl vermehren, und der Ungleichheit derselben vorbeugen, wie Solon, Numa, Servius thaten.

*) Es ist eine ausgemachte Sache, sagt Machiavel, daß manche Zwistigkeiten den Freystaaten schadeten, und manche ihnen nutzten. Diejenigen waren schädlich, bey denen sich Parteyen und Anhänger bildeten; und diejenigen nützlich die ohne Parteyen und Anhänger geführt wurden. Da nun der Stifter eines Freystaats nicht verhindern kann, daß Feindschaften entstehen, so muß er wenigstens dafür sorgen, daß sich keine Parteyen bilden. Hist. Flor. L. VII.

Diese Vorkehrungen sind die einzig
tauglichen, um den allgemeinen Willen im-
mer vor Täuschung und das Volk vor Irr-
thum zu sichern.

Viertes Kapitel.

Von den Gränzen der souverainen Macht.

Ist der Staat nur eine moralische Person, deren Leben in der Einigkeit ihrer Glieder besteht, ist ferner seine wichtigste Sorge die für seine eigene Erhaltung, so bedarf er einer allgemeinen und antreibenden Kraft, um jeden Theil auf die Art zu bewegen und anzuwenden, die für das Ganze am passendsten ist. Wie die Natur jedem Menschen eine unbeschränkte Gewalt über alle seine Glieder giebt, ertheilt der gesellschaftliche Vertrag dem Statskörper eine unbeschränkte Macht über alle seine Theile, und diese, vom allgemeinen Willen gelenkte Macht ist es eben, die, wie ich gesagt habe, die Souverainität genannt wird.

Aber auſſer der Perſon des Staates, müſſen wir auch die einzelnen Perſonen in Betracht ziehen, aus denen jene beſteht, und deren Leben und Freyheit von ihr, der Natur nach, unabhängig iſt. Es kommt alſo darauf an, die gegenseitigen Rechte des Staatsbürgers und des Souverains *) gehörig zu unterſcheiden, ſo wie die Pflichten des Erſtern, die ihm als Unterthan obliegen, von dem natürlichen Rechte, deſſen er als Menſch genießen muß.

Man geſteht zu, ein jeder veräußere durch den geſellſchaftlichen Vertrag nur den Theil ſeiner Kraft, ſeiner Güter, ſeiner Freyheit, deſſen das Gemeinweſen bedarf: aber

*) *Aufmerkſamer Leſer! Sey nicht zu raſch, mich eines Widerſpruchs zu bezüchtigen. Die Armuth der Sprache erlaubte mir nicht, ihn im Ausdrucke zu vermeiden: aber Geduld!*

auch das muß man gestehen, daß der Souverain allein über dieses Bedürfnis entscheiden kann.

Alle Dienste, die der Staatsbürger dem Staate leisten kann, ist er ihm schuldig, sobald der Souverain sie fordert; aber dieser kann von seiner Seite die Unterthanen mit keiner Fessel belasten, die dem Gemeinwesen unnütz ist. Er kann es nicht einmal wollen: denn nach dem Vernunftgesetze, wie nach dem Gesetze der Natur, geschieht nichts ohne Ursache.

Die Verbindungen, die uns mit dem gesellschaftlichen Körper verknüpfen, verpflichten uns nur in sofern als sie gegenseitig sind. Sie sind von einer solchen Beschaffenheit, daß man bey ihrer Beobachtung nicht für andere wirken kann, ohne auch für sich zu wirken. Warum ist der allgemeine Wille immer gerecht, und warum

wollen alle immer das Glück eines jeden unter ihnen? Weil es niemanden giebt, der dieß Wort „jeder“ nicht auf sich anwendet, und nicht an sich selbst denkt, indem er für alle stimmt. Dieß beweist, daß die Gleichheit der Rechte, und der Begriff von Gerechtigkeit, den sie hervorbringt, aus dem Vorzuge entspringe, den jeder sich selbst giebt, das heist, aus der Natur des Menschen. Es beweist, daß der allgemeine Wille, um wirklich allgemein zu seyn, es so wohl seinem Gegenstande als seinem Wesen nach seyn müsse; daß er von allen ausgehen müsse, um auf alle angewandt zu werden; und daß er seine natürliche Rechtlichkeit verliere, sobald er einen einzelnen bestimmten Gegenstand betrifft: denn alsdann urtheilen wir über etwas das uns fremde ist, und werden von keinem wahren Princip der Billigkeit geleitet.

Wirklich wird die Sache streitig, so bald von einem besondern Vorfalle oder Rechte bey einem Punkte die Rede ist, über den eine allgemeine und frühere Abmachung nichts verordnet hat. Sie wird ein Rechtshandel in dem die theilnehmenden Einzelnen eine Partey und das Gemeinwesen die andere ist, für den ich aber kein Gesetz dem man folgen, noch einen Richter der absprechen müßte, zu finden weifs. Es wäre lächerlich, sich dann nach einer ausdrücklichen Entscheidung des allgemeinen Willens richten zu wollen, die nur der Beschluß einer Partey seyn kann. Für die andere wäre sie ein fremder einzelner Wille, der bey diesem Anlasse sich zur Ungerechtigkeit neigte und irrig seyn könnte. Wie also der Wille des Einzelnen nicht für den allgemeinen gelten kann, verändert auch der allgemeine seine Natur, so bald er einen einzelnen Gegenstand betrifft, und kann

nicht als allgemeiner Wille über einen Menschen oder Vorgang entscheiden. Wann z. B. das atheniensische Volk Anführer ernannte oder absetzte, dem einen Ehrenbezeugungen, dem andern Strafen zuerkannte, und durch eine Menge einzelner Beschlüsse alle Rechte der Regierung ohne Unterschied ausübte, dann, sage ich, hatte es keinen eigentlichen allgemeinen Willen: es handelte nicht mehr als Souverain, sondern als Richter. Diefes wird den gemeinen Begriffen zu widersprechen scheinen: aber man lasse mir Zeit, die meinigen aus einander zu setzen.

Aus dem Gefagten erhellt, daß nicht sowohl die Anzahl der Stimmen, als der gemeinschaftliche Nutzen der sie einig macht, dasjenige sey, was dem Willen Allgemeinheit giebt: denn bey einer solchen Einrichtung unterwirft sich jeder nothwendiger Weise den Bedingungen, die er den andern aufer-

legt. Diese bewundernswerthe Uebereinstimmung des Nutzens mit der Gerechtigkeit, giebt den gemeinschaftlichen Berathschlungen eine eigenthümliche Billigkeit, die man bey der Auseinandersetzung jeder Privat-Sache vermisst, weil kein gemeinschaftlicher Vortheil die Verhaltensregel des Richters mit der, welche die Partey befolgt, vereinigt und zusammenschmelzt.

Von welcher Seite man zum Ursprunge hinaufsteigen mag, immer kommt man zu demselben Schlusse: nemlich, durch den gesellschaftlichen Vertrag ward eine solche Gleichheit unter den Staatsbürgern festgesetzt, dass sich alle auf einerley Bedingungen verbinden, und alle einerley Rechte geniessen müssen. Zufolge der Natur des Vertrages also, werden alle Staatsbürger durch jede Ausübung der Souverainität, das heisst des anerkannten allgemeinen Willens, auf gleiche

Weise verpflichtet oder begünstiget; so daß der Souverain nur den Körper der Nation kennt, und keinen Bestandtheil desselben unterscheidet. Was ist also eigentlich eine Ausübung der Souverainität? Nicht eine Uebereinkunft des Obern mit seinem Untergebenen, sondern des Körpers mit jedem seiner Glieder. Sie ist gesetzlich, weil sie den gesellschaftlichen Vertrag zur Grundlage hat; sie ist billig, weil sie allen gemein ist; nützlich, weil sie keinen andern Zweck haben kann, als das Gemeinwohl, und dauerhaft, weil die Stärke des Gemeinweseus und die oberste Gewalt für sie Gewähr leisten. So lange die Unterthanen nur solchen Abmachungen unterworfen sind, gehorchen sie niemand, als ihrem eigenen Willen. Fragen, wie weit sich die gegenseitigen Rechte des Beherrschers und der Staatsbürger erstrecken, hiesse untersuchen, in wie ferne sich die

letztern gegen sich selbst, die Einzelnen gegen alle, und alle gegen die Einzelnen verpflichten können.

Man sieht daraus, daß die souveraine Gewalt, so unumschränkt, so heilig und unverletzlich sie auch ist, doch die Gränzen der allgemeinen Abmachungen weder überschreitet, noch überschreiten kann; daß jeder mit vollem Recht über den Theil seiner Güter und seiner Freyheit schalten darf, den seine Verbindungen ihm liessen: so daß der Souverain nie berechtigt ist, einem Unterthan grössere Lasten aufzulegen, als dem andern, weil dies eine Privat-Sache wird, und dann seine Macht nicht mehr gesetzlich ist.

Sind diese Unterscheidungen einmal angenommen, so ist es ungegründet, daß die Einzelnen im gesellschaftlichen Vertrage irgend eine wirkliche Entsagung leisten. Vielmehr wird ihre Lage durch diesen Vertrag

wirklich besser, als sie vorher war. Statt etwas zu veräußern, haben sie nur für ein ungewisses und armeliges Daseyn ein besseres und sicherers, für die natürliche Unabhängigkeit, Freyheit; für die Macht andern zu schaden, eigene Sicherheit; für die persönliche Stärke, welche andere überwältigen konnten, ein Recht eingetauscht, das durch die gesellschaftliche Verbindung unüberwindlich wird. Selbst ihr Leben, daß sie dem Staate weiheten, wird unaufhörlich von demselben beschützt; und wenn sie es zu seiner Vertheidigung wagen, erstatten sie ihm nur, was sie von ihm empfangen. Müßten sie dasselbe nicht viel öfter und mit größerer Gefahr im Stande der Natur thun, wenn sie unter beständigen Kämpfen auf Kosten ihres Lebens den Unterhalt desselben vertheidigten? Es ist wahr, im Fall der Noth müssen alle für das Vaterland kämpfen: aber

daß für braucht auch niemand es für sich selbst zu thun. Gewinnen wir nicht sogar dabey, wenn wir für dasjenige was unsere Sicherheit ausmacht, einen Theil der Gefahren tragen, denen wir für uns selbst Trotz bieten müßten, so bald uns jene Sicherheit geraubt wäre?

Fünftes Kapitel.

Von dem Rechte über Leben und Tod.

Man fragt, wie die Einzelnen, die kein Recht haben über ihr eigenes Leben zu schalten, dies Recht, das sie nicht besitzen, dem Souverain übergeben können? Diese Frage scheint nur deshalb schwer aufzulösen, weil sie schlecht gestellt ist. Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben zur Erhaltung desselben zu wagen. Hat man jemals behauptet, ein Mensch sey des Selbstmordes schuldig, weil er sich zum Fenster hinausstürzte um einer Feuersbrunst zu entgehen? Oder hat man sogar jemand, der in einem Sturme umkam, jemals dieses Verbrechens beschuldigt, obgleich er beym Einschiffen die Gefahr kannte?

Der Zweck des gesellschaftlichen Vertrages ist die Erhaltung der Contrahirenden. Wer den Zweck will, bewilligt auch die Mittel, und diese Mittel sind unzertrennlich mit einigen Gefahren, so gar mit einigen Einbußen verbunden. Wer sein Leben auf Kosten anderer erhalten will, muß es im Nothfalle auch für sie hingeben. Der Staatsbürger darf also nicht mehr die Gefahr untersuchen wollen, der er sich nach dem Willen des Gesetzes bloß geben soll, und wenn der Fürst ihm gesagt hat, es ist dem Staate vortheilhaft, daß du sterbest, so muß er sterben. Nur auf diese Bedingung hat er bis jetzt in Sicherheit gelebt und sein Leben ist nicht mehr bloß Wohlthat der Natur, sondern eine bedingungsweise verliehene Gabe des Staats.

Die Todesstrafe die man Verbrechern auferlegt, kann fast aus demselben Gesichts-

punkte angesehen werden. Um nicht das Opfer eines Meuchelmörders zu seyn, willigt man ein zu sterben, falls man selbst ein solcher wird. Weit gefehlt daß man in diesem Vertrage über sein eignes Leben schalten sollte, ist man nur bemüht, es zu sichern: denn es läßt sich nicht vermuthen, daß irgend einer von den Contrahirenden zum voraus beschlossen habe, sich hängen zu lassen.

Ueberdem verletzt jeder Uebelthäter das gesellschaftliche Recht, und wird durch seine Verbrechen ein Aufrührer und Verräther des Vaterlandes. Indem er seine Gesetze bricht, hört er auf, ein Glied desselben zu seyn: er bekriegt es sogar. Dann ist die Erhaltung des Staates unvereinbar mit der seinigen. Einer von beyden muß unkommen, und wenn man den Schuldigen tödtet, stirbt er eigentlich nicht als Bürger, sondern als Feind. Das Verfahren des Gerichts, das

Urtheil sind die Beweise und die Erklärung, daß er den gesellschaftlichen Vertrag gebrochen hat, und folglich nicht mehr ein Glied des Staates ist. Da er sich aber, zum allerwenigsten durch seinen Aufenthalt dafür anerkannt hat, so muß er als Bundbrüchiger durch Verweisung, oder als öffentlicher Feind durch den Tod ausgeschlossen werden. Ein solcher Feind ist nicht mehr eine moralische Person: er ist ein bloßer Mensch, und dann erlaubt das Kriegsrecht, den Ueberwundenen zu tödten.

Aber, wird man sagen, die Verurtheilung ist eine Privat-Verhandlung. Freylich! Auch kommt diese Verurtheilung nicht dem Souverain zu. Es ist ein Recht, das er verleihen, aber nicht selbst ausüben kann.*)

*) *Wie nemlich der Souverain einigen Staatsbürgern, den Soldaten, auftragen kann,*

Alle meine Ideen hängen zusammen: ich kann sie nur nicht alle auf einmal vortragen.

Uebrigens sind häufige Todesstrafen immer ein Beweis der Schwäche oder der Trägheit der Regierung. Es giebt keinen Bösewicht, der nicht zu irgend etwas tauglich gemacht werden könnte. Man hat kein Recht jemand zu tödten, wäre es auch des Beyspiels halber, ausser denjenigen, den man nicht ohne Gefahr erhalten kann.

Das Recht Gnade ergehen zu lassen, oder einen Schuldigen von der Strafe zu befreyen, die das Gesetz bestimmte und der Richter verhängete, das Recht gehört nur demjenigen, der über Gesetz und Richter erhaben ist, das heisst, dem Souverain. Doch

für ihn zu kämpfen, kann er andern, den Richtern, auftragen, für ihn zu rechten. Selbst thun kann er das letzte so wenig als das erste. D. U.

ist sein Recht in diesem Punkt nicht ganz ausgemacht und die Fälle, wo er es brauchen darf, sind sehr selten. In einem gut verwalteten Staate fallen wenig Strafen vor; nicht weil man oft Gnade ergehen läßt, sondern weil es wenig Verbrecher giebt. Wenn der Staat in Verfall geräth, so sichert die Menge der Verbrechen ihnen Ungestraftheit zu. In der römischen Republik versuchten weder der Senat noch die Consuln jemals, Gnade ergehen zu lassen; selbst das Volk that es nicht, obgleich es oft sein eigenes Urtheil widerrief. Die öftere Verzeihung kündigt an, daß die Verbrechen ihrer bald nicht mehr bedürfen werden: und wohin das führe, sieht jedermann. Aber mein Gefühl empört sich und hält meine Feder zurück. Die Untersuchung dieser Fragen bleibe dem Gerechten überlassen, der nie fehlte und niemals selbst der Verzeihung bedurfte.

Sechstes Kapitel.

Vom Gesetze.

Durch den gesellschaftlichen Vertrag haben wir dem politischen Körper Daseyn und Leben verliehen; jezt kommt es darauf an, ihm durch die Gesetzgebung Thätigkeit und Willen einzuflößen. Die ursprüngliche Verhandlung, durch welche dieser Körper sich bildet und verbindet; bestimmt noch gar nicht, was er thun müsse um sich zu erhalten.

Was gut ist, und der Ordnung gemäß, ist beydes durch die Natur der Sachen und unabhängig von menschlichen Abmachungen. Alle Gerechtigkeit kommt von Gott; er allein ist die Quelle derselben. Könnten wir

sie aber so weit herholen, so bedürften wir weder der Regierung noch der Gesetze. Ohne Zweifel giebt es eine allgemeine Gerechtigkeit, die blos von der Vernunft ausgeht, aber wenn diese Gerechtigkeit unter uns gelten soll, muß sie gegenseitig seyn. Wenn man die Dinge blos als Mensch ansieht, scheinen die Vorschriften der Gerechtigkeit, aus Mangel der natürlichen Sanktion, unter den Menschen ganz unnütz zu seyn. Sie wirken zum Wohl des Bösen und zum Unglück des Gerechten, wenn dieser sie gegen jedermann, und niemand sie gegen ihn beobachtet. Man muß also Abmachungen und Gesetze haben, welche die Rechte mit den Pflichten verbinden, und die Gerechtigkeit in ihren Wirkungskreis zurück bringen. Im Stande der Natur, wo alles gemeinschaftlich ist, bin ich keinem, dem ich nichts versprach, etwas schuldig; nur was mir unnütz ist, erkenne

ich für fremdes Eigenthum. Im staatsbürgerlichen Stande, wo alle Rechte durch Gesetze bestimmt sind, ist es anders.

Aber was ist denn ein Gesetz? So lange man sich begnügt, mit diesem Worte nur metaphysische Begriffe zu verbinden, wird man immer schwatzen, ohne sich zu verstehen; und nach der Erklärung eines Naturgesetzes, darum nicht besser einsehen, was ein Staatsgesetz sey.

Ich habe schon gesagt, daß es keinen allgemeinen Willen über einen besondern Gegenstand gebe. Dieser Gegenstand gehört entweder zu dem Staate, oder er gehört nicht zu demselben. Im letzten Falle ist ein Willen, der ihm fremde ist, in Beziehung auf ihn nicht allgemein. Gehört er aber zum Staate, so ist er ein Theil desselben. Dann entsteht zwischen dem Ganzen und seinem Theile ein Verhältniß, das sie in zwey

ganz getrennte Wesen verwandelt: eines derselben ist der Theil, und das Ganze nach Abrechnung jenes Theils, ist das andre. Aber das Ganze, von dem man einen Theil abnahm, ist nicht mehr das Ganze, und so lange dieses Verhältniß dauert, giebt es kein Ganzes mehr, sondern nur zwey ungleiche Theile. Daraus folgt, daß der Wille des einen nicht mehr in Beziehung auf das andere, ein allgemeiner ist.

Aber wenn das ganze Volk über das ganze Volk etwas verfügt, zieht es nur sich selbst in Betracht, und wenn irgend ein Verhältniß eintritt, ist es nur zwischen dem ganzen Gegenstande in einer Rücksicht, und dem ganzen Gegenstande in einer andern, ohne daß eine Theilung des Ganzen statt findet. Dann ist der Gegenstand, über den man verfügt, so allgemein, wie der verfügende Wille. Diese Verhandlung nenne ich ein Gesetz.

Wenn ich sage, der Gegenstand der Gesetze sey immer allgemein, so nehme ich an, daß das Gesetz alle Unterthanen zusammen, und die Handlungen in abstraktem Sinne betrifft, niemals einen Menschen als einen Einzelnen, nie eine besondere Handlung. So kann das Gesetz wohl das Daseyn der Vorrechte vestssetzen, aber sie niemanden namentlich ertheilen. Das Gesetz kann die Staatsbürger in verschiedene Klassen theilen, sogar die Eigenschaften bestimmen, die Anspruch auf diese Klassen gewähren sollen, aber es kann nicht diesen und jenen ausdrücklich in dieselben versetzen. Es kann eine königliche Regierung und die Erbfolge einführen: aber es kann keinen König wählen oder eine königliche Familie ernennen. Mit einem Worte: jedes Geschäft das sich auf einen einzelnen Gegenstand bezieht, kommt der gesetzgebenden Macht nicht zu.

Nach dieser Vorstellung sieht man so-
gleich, daß man nicht mehr fragen müsse,
wem es zukommt, Gesetze zu machen, da
sie der Ausdruck des allgemeinen Willens
sind; noch ob der Fürst über das Gesetz
erhaben sey, da er ein Glied des Staates ist;
noch ob ein Gesetz der Ungerechtigkeit fähig
sey, da niemand gegen sich selbst ungerecht
ist; noch auch endlich, wie man frey und
doch den Gesetzen unterworfen seyn könne,
da sie nur Verzeichnisse unserer Willens-
meinungen sind.

Es erhellt ferner: da das Gesetz die All-
gemeinheit des Willens und des Gegenstan-
des verbinden muß, könne nichts Gesetz seyn,
was ein einzelner Mensch, er sey wer er
wolle, nach seiner Willkühr verordnet. Selbst
was der Souverain über einen einzelnen Ge-
genstand verordnet, ist nicht mehr ein Ge-
setz, sondern ein Befehl; nicht eine Aus-

übung der Oberherrschaft, sondern der Gerichtsbarkeit.

Eine Republik nenne ich also jeden Staat, der nach Gesetzen regiert wird, die Form der Verwaltung sey welche sie wolle: denn nur alsdann ist der allgemeine Nutzen der herrschende, und die allgemeine Angelegenheiten sind etwas Wesentliches. Jede rechtmässige Regierung ist republikanisch *) —

*) Ich verstehe unter diesem Worte nicht nur eine Aristokratie, oder eine Demokratie, sondern überhaupt jede Regierung, welche vom allgemeinen Willen, der Gesetz ist, geleitet wird. Unrechtmässig zu seyn, muss die Regierung nicht mit dem Souverain zusammen fließen, sondern der Staatsbediente desselben seyn: dann ist selbst die Monarchie eine Republik. Im folgenden Buche wird dieses erläutert werden.

Ich werde unten erklären, was eine Regierung sey.

Die Gesetze sind eigentlich nur die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft. Das Volk, das den Gesetzen gehorcht, muß auch der Urheber derselben seyn. Nur diejenigen selbst, die in Verbindung treten, haben das Recht, die Bedingungen ihrer Gesellschaft zu bestimmen: aber wie werden sie das können? Etwa durch eine gemeinschaftliche Uebereinstimmung, durch eine plötzliche Begeisterung? Hat der Staatskörper ein Organ um seine Beschlüsse zu erklären? Wer wird ihm die nöthige Vorforge geben, diese Beschlüsse zum voraus abzufassen und bekannt zu machen? Oder wie wird er sie im Augenblicke des Bedürfnisses aussprechen können? Eine blinde Menge, die oft nicht weiß was sie will, weil sie selten einsieht, was ihr heilsam ist: wie könnte sie von selbst

ein so großes, so schweres Unternehmen ausführen, als ein System der Gesetzgebung ist? Das Volk will immer von selbst das Gute, aber von selbst erkennt es nicht immer, was gut ist. Der allgemeine Wille ist immer gerecht, aber die Beurtheilung der erfolgt, ist nicht immer einsichtsvoll. Man muß ihm die Gegenstände so zeigen wie sie sind, — zuweilen auch so, wie sie ihm scheinen sollen; ihn auf den rechten Weg führen, den er sucht; ihn vor der Verführung des Willens der Einzelnen sichern; die Oerter und Zeiten seinen Augen näher rücken, und dem Reiz gegenwärtiger und sichtlicher Vortheile durch die Gefahr entfernter und versteckter Uebel die Waage halten. Die Einzelnen sehen das Gute, das sie verwerfen; das Publikum will das Gute, das es nicht sieht. Alle bedürfen gleich sehr eines Leiters. Man muß die ersten zwingen, ihren

Willen ihrer Vernunft anzuschmiegen; man muß das Letztere das Gute kennen lehren, das es wünscht. Dann bewirkt die allgemeine Aufklärung in dem gesellschaftlichen Körper die Verbindung der Einsicht und des Willens, die das genaue Zusammenwirken aller Theile, und die höchste Kraft des Ganzen zur Folge hat. Daher kommt die Nothwendigkeit eines Gesetzgebers.

Siebentes Kapitel.

Vom Gesetzgeber.

Um die besten gesellschaftlichen Vorschriften, die den Nationen angemessen sind, aufzufinden, müßte ein erhabneres Wesen sich damit beschäftigen; ein Wesen, das alle Leidenschaften der Menschen überfähe, und keine derselben empfände; das keine Verwandtschaft mit unserer Natur hätte, und sie gleichwohl gründlich kennete; dessen Glück nicht von uns abhänge, und das sich dennoch aus Wohlwollen mit dem unsrigen beschäftigte; das endlich in dem Fortschritte der Zeit sich eine späte Ehre bereitete, — in einem Jahrhunderte wirken, und in einem andern genießen könnte. *) Gottheiten müß-

*) Nur erst wenn seine Gesetzgebung in

ten es seyn, die den Menschen Gesetze geben sollten.

Denselben Schluss, den Caligula aus dem wirklich bestehenden Verhältnisse zog, *) machte Plato in der Theorie, um den Mann des Staates oder den königlichen Menschen zu beschreiben, den er, in seinem Buche von der Regierung, heischet. Ist es aber wahr, dass ein grosser Fürst ein seltener Mensch ist: was muss ein grosser Gesetzgeber seyn? Der erste braucht nur dem Vorbilde zu folgen, das der andere ihm auf-

Verfall geräth, wird ein Volk berühmt. Es ist unbekannt wie viele Jahrhunderte schon Lykurgs Einrichtungen die Spartaner beglückt hatten, ehe sie in dem übrigen Griechenlande wichtig wurden.

**) Siehe das zweyte Kapitel des ersten Buchs.*

stellen muß. Dieser ist der Künstler, der die Maschine erfindet; jener nur der Arbeiter, der sie aufziehet und in Bewegung setzt. Beym Entstehen der Gesellschaften, sagt Montesquieu, schaffen die Häupter der Republiken die Verfassung derselben, und diese Verfassung bildet hernach die Oberhäupter.

Wer die Stiftung eines Volks zu unternehmen wagt, muß sich im Stande fühlen, die ganze menschliche Natur gleichsam zu verwandeln; — jedes Individuum, das für sich ein vollendetes und einzelnbestehendes Ganze ist, in einen Theil eines größern Ganzen um zu gestalten, von dem dieß Individuum gleichsam Leben und Daseyn empfängt; — das Vermögen des Menschen zu ändern, und es zu erhöhen; — der physischen und unabhängigen Existenz, die wir alle von der Natur empfangen, eine partiale und moralische unterzuschieben. Mit

einem Worte: er muß dem Menschen seine eigenthümliche Kraft nehmen, um ihm eine fremde zu reichen, von der er ohne dem Beystande Anderer keinen Gebrauch machen kann. Je mehr diese natürlichen Kräfte erlödtet und vernichtet sind, desto gröfser und daurender sind die erworbenen; desto fester und vollkommener ist die Verfassung. Eine Gesetzgebung, kann man also sagen, hat den höchsten Grad der Vollkommenheit erlangt, wenn jeder einzelne Bürger, nichts ist und nichts vermag, als durch alle andere; und wenn die Kraft des Ganzen der Summe der natürlichen Kräfte aller Einzelnen gleichkommt oder sie übersteigt.

Der Gesetzgeber ist in jeder Rücksicht ein außerordentlicher Mann im Staate. Muß er es durch seine Geisteskraft seyn, so ist er es nicht weniger durch sein Amt, das weder Gerichtsbarkeit noch Souverainität verleiht. Dies

Amt das der Republik eine Verfassung bildet, ist kein Theil der Verfassung. Es ist ein abgefondertes und erhabneres Geschäft, das mit der menschlichen Herrschaft nichts gemein hat. Wie der Gebieter über Menschen nicht den Gesetzen gebieten muß, muß der Gebieter über die Gesetze, nicht den Menschen gebieten können, sonst würden seine Gesetze Werkzeuge seiner Leidenschaften werden. Oft würden sie nur seine Tyrannei verewigen, und nie könnte er vermeiden, daß Privat-Abfichten die Heiligkeit seines Werkes entweiheten.

Als Lykurg seinem Vaterlande Gesetze gab, begann er damit, daß er der königlichen Würde entsagte. Es war die Gewohnheit der meisten griechischen Städte, Fremden die Abfassung ihrer Gesetze anzuvertrauen. Die neuern Republiken Italiens ahmten diesem Gebrauche oft nach; auch

Genf that es und befand sich wohl dabey.*)
 Während seines schönsten Zeitalters sah
 Rom alle Verbrechen der Tyranney in sei-
 nem Schoosse wieder aufkeimen; es sah sei-
 nen Untergang nahe, bloß weil es die ge-
 setzgebende Gewalt und die souveraine
 Macht einerley Händen anvertraut hatte.

Dennoch rissen selbst die Decemvire

**) Wer Calvin nur für einen Gottesgelehr-
 ten ansieht, kennt den grossen Umfang seines
 Geistes sehr wenig. Die Ordnung unserer
 weisen Gesetze, an der er grossen Antheil
 hatte, macht ihm eben so viel Ehre, als die
 Religionspartey die er stiftete. Welche Um-
 wandlung auch die Zeit in unserm Gottesdienste
 machen mag: das Andenken dieses grossen
 Mannes wird gesegnet werden, so lange Vater-
 lands- und Freiheits-Liebe unter uns nicht er-
 loschen ist.*

nie das Recht an sich, aus eigener Gewalt ein Gesetz einzuführen. „Nichts von dem was wir euch vorschlagen, sagten sie zum Volke, kann ohne eure Einwilligung Gesetz werden. Römer! Seyd selbst die Urheber der Gesetze, die euer Glück machen sollen.“

Derjenige, der die Gesetze abfaßt, hat also keine gesetzgebende Macht, oder muß sie nicht haben. Das Volk kann sogar, auch wenn es wollte, sich dieses unertheilbaren Rechtes nicht begeben. Nach dem Urvertrage kann nur der allgemeine Wille den Einzelnen Verpflichtungen auferlegen: und nie kann man wissen, ob der Wille eines Einzelnen mit dem allgemeinen übereinstimmt, ehe man ihn dem freien Urtheile des Volks vorgelegt hat. Ich habe das schon gesagt: aber es ist nicht überflüssig, es zu wiederholen.

Man findet folglich in dem Werke der

Gesetzgebung zwei Sachen beysammen, die ganz unvereinbar scheinen: ein Unternehmen, welches die menschlichen Kräfte übersteigt; eine Gewalt die nichts ist, und dennoch jenes ausführen soll.

Hier ist noch ein anderes Hinderniß, das Aufmerksamkeit verdient. Die Weisen, die mit dem Volke ihre Sprache statt der feinigern reden wollten, würden nicht von ihm verstanden werden. Nun giebt es aber tausend Arten der Begriffe, die man unmöglich in die Volkssprache übersetzen kann. Zu allgemeine Absichten liegen so sehr außerhalb seinem Gesichtskreise, als zu entfernte Gegenstände. Jedem Einzelnen behagt nur der Regierungsplan, der mit seinem Privat - Vortheile übereinstimmt, und er begreift sehr schwer, was die beständigen Bereubungen, welche gute Gesetze auferlegen, ihm für Vortheile gewähren sollen. Sollte

ein entstehendes Volk die gefunden Maximen der Staatskunst billigen, und die Grundgesetze des Staatsrechts befolgen, so müßte die Wirkung Ursache werden; der gesellschaftliche Geist der die Frucht der Verfassung seyn soll, müßte die Einrichtung derselben anordnen, und die Menschen müßten vor den Gesetzen seyn, was sie durch dieselben werden sollen. Da der Gesetzgeber weder Gewalt noch Vernunftschlüsse anwenden kann, sieht er sich also in der Nothwendigkeit, zu einer Autorität anderer Art seine Zuflucht zu nehmen, die ohne Gewaltthätigkeit hinreißen, und überreden kann, ohne zu überzeugen.

Das war es, was zu allen Zeiten die Väter der Nationen zwang, sich der Vermittelung des Himmels zu bedienen, und mit ihrer eigenen Weisheit die Götter auszuschnücken, damit die Völker sich den Gesetzen des Staates wie den Naturgesetzen unterwerfen, die-

selbe Macht in der Bildung des Menschen und der Bildung des Staats anerkennen, und so freywillig gehorchen, und gelehrig das Joch des öffentlichen Glückes tragen möchten.

Diese erhabene Einsicht, die sich über die Sphäre des gewöhnlichen Menschen erhebt, sie ist es, deren Entscheidungen der Gesetzgeber den Unsterblichen in den Mund legt, um durch das göttliche Ansehen Leute hinzureißen, welche die menschliche Klugheit nicht bewegen könnte. *) Aber nicht jedem

*) *Wirklich, sagt Machiavell, gab es nie bey einem Volke einen Urheber ausserordentlicher Gesetze, der nicht zu Gott seine Zuflucht nahm, weil sie sonst nicht wären anerkannt worden. Ein Einsichtsvoller erkennt sehr viel Gutes, was nicht einleuchtend genug ist, um andere zur Annahme desselben überreden zu können.*

ward es zu Theil, die Götter sprechen zu lassen, oder Glauben zu finden, wenn er sich als ihren Dolmetscher ankündigt. Die erhabne Seele des Gesetzgebers ist das wahre Wunder, das seine Sendung beweisen muß. Ein jeder kann etwas in steinerne Tafeln meißeln; oder ein Orakel erkaufen; oder einen geheimen Umgang mit irgend einer Gottheit vorgeben; oder einen Vogel dazu abrichten, ihm ins Ohr zu sprechen, oder andere grobe Mittel erfinden, um das Volk zu betrügen. Wer nichts mehr als das versteht, kann fogar durch Zufall einen Haufen Unfinniger versammeln, aber nie wird er ein Reich stiften und sein abentheuerliches Werk wird bald mit ihm umkommen. Nichtige Wunder bilden ein vergängliches Band: nur die Weisheit macht es dauerhaft. Das noch immer fort daurende jüdische Gesetz; jenes, das der Abkömmling Ismaels stiftete und das

seit zehn Jahrhunderten die halbe Welt regiert, verkündigen noch itzt die Grösse ihrer Stifter. Indefs die stolze Philosophie oder der blinde Parteygeist in ihnen nur glückliche Betrüger sieht, bewundert der wahre Staatsmann in ihren Einrichtungen das grosse und erhabene Genie, das dauerhafte Stiftungen schafft.

Aus allem diesem muss man nicht mit Warburton schliessen, dass Politik und Religion bey uns nur einen gemeinschaftlichen Zweck haben, sondern nur, dass beym Entstehen der Nationen, die eine das Werkzeug der andern ist.

Achtes Kapitel.

Vom Volke.

Ehe der Baukünstler ein grosses Gebäude aufführt, beobachtet und prüfet er den Boden, um zu wissen, ob er die Last tragen könne: eben so fängt der weise Stifter nicht damit an, gute Gesetze abzufassen, sondern er untersucht erst, ob das Volk, dem er sie bestimmt, fähig ist sie zu ertragen. Daher weigerte sich Plato, den Arkadiern und Cyreniern Gesetze zu geben: er wufste, dass diese beyden Völker reich waren, und die Gleichheit nicht ertragen konnten. Daher sah man in Creta gute Gesetze und schlechte Menschen, weil Minos ein lasterhaftes Volk disciplinirt hatte.

Tausend Nationen haben geglänzt, die

niemals gute Gesetze hätten leiden können, und selbst diejenigen, die es gekonnt hätten, besaßen diese Fähigkeit nur während eines sehr kurzen Zeitraums. Die meisten Völker find, wie Menschen, nur in der Jugend gelehrtig: das Alter macht sie unfähig zur Besserung. Wenn die Gewohnheiten einmal herrschend und die Vorurtheile eingewurzelt sind, ist es gefahrvoll und vergeblich, sie abschaffen zu wollen. Das Volk kann es nicht einmal ausstehen, daß man seine Gebrechen berühre, um sie zu heilen: es gleicht den blödsinnigen und feigen Kranken, die vor dem Anblicke des Arztes zurückbeben.

Wie manche Krankheiten das Hirn der Menschen zerrütten und ihnen alle Rückerinnerung rauben, giebt es zwar auch zuweilen während der Dauer des Staates, unruhige Epochen, wo die Revolutionen eben so auf die Völker wirken, wie gewisse Krisen

auf einzelne Menschen; Epochen, wo der Abscheu vor dem Vergangenen, die Stelle der Vergessenheit vertritt; wo der Staat, den bürgerliche Kriege in Brand setzten, gleichsam aus seiner Asche wiedergeboren wird, und kaum den Armen des Todes entschlüpft, wieder in seiner Jugendkraft dasteht. So erscheint uns Sparta zur Zeit des Lykurgs, so Rom nach den Tarquiniern; so zeigten sich bey uns Holland und die Schweiz, nachdem sie ihre Tyrannen verjagt hatten.

Aber diese Erscheinungen sind selten; es sind Ausnahmen, deren Ursachen in der besondern Verfassung des ausgenommenen Staats liegen. Sie können sogar nicht zweymal bey einem Volke eintreten. Es kann sich frey machen, so lang es nur roh ist: aber dies Vermögen entgeht ihm, sobald die staatsbürgerliche Triebfeder abgenutzt ist. Dann können die Unruhen es zerrütten, ohne

dafs die Revolutionen es herzustellen vermögen; so bald seine Fesseln zerstreut sind, zerfällt es, und verlieret das Daseyn: hinführo bedarf es nur eines Herren und keines Befreyers. Freye Völker, erinnert euch dieser Maxime: einmal kann man die Freyheit erwerben: aber ward sie entrissen, so ist sie auf ewig dahin. *)

Jugend ist nicht Kindheit. Die Nationen

*) Beym ersten Anblicke scheint der Erfolg Rousseau zu widerlegen. Das Volk, dessen Glieder am wenigsten auf staatsbürgerliche Würde Anspruch machen konnte, steht plötzlich frey und in erhabener Grösse da und sieht stolz auf seine Nachbarn herab. Aber — zum erstenmale ist Frankreich Republik. — Zum zweytenmale vermogte weder Rom noch irgend ein griechischer Staat es zu werden, nemlich vollkommen und dauerhaft.

haben, wie die Menschen, eine Zeit der Jugend, oder wenn man will, der Reife, die man erwarten muß, ehe man sie den Gesetzen unterwirft. Aber diese Reife eines Volkes ist nicht immer leicht zu erkennen, und wenn man ihr voreilt, ist das Werk schon mislungen. Manches Volk kann schon beym Entstehen disciplinirt werden; manches andre nach zehn verflossenen Jahrhunderten nicht. Die Ruffen werden nie wirklich gebildet werden, weil man es zu früh versuchte. Peter hatte nur ein nachahmendes Genie; nicht das wahre schöpfrische, das alles aus nichts hervorbringt. Einige seiner Einrichtungen waren heilsam, die meisten am unrechten Orte. Er sah die Rohheit seines Volkes: dafs es noch nicht zur Bildung reif war, sah er nicht. Er wollte es civilisiren, da er es nur hätte kriegerisch machen sollen. Er wollte sogleich Teutsche, Engländer bilden,

und doch hätte er damit beginnen sollen, Russen zu schaffen. Er überredete seine Unterthanen, sie wären, was sie nicht sind, und so hat er sie gehindert, jemals zu werden, was sie seyn könnten. So bildet ein modischer Lehrer seinen Zögling dazu, einen Augenblick in seiner Kindheit zu glänzen und künftig nie etwas zu seyn. Das russische Reich wird Europa unterjochen wollen, und wird es selbst werden. Seine Unterthanen oder Nachbarn, die Tattarn, werden seine Gebieter werden und die unsrigen: diese Revolution scheint mir unausbleiblich. Alle Könige Europens arbeiten einmüthig daran, sie zu beschleunigen. *)

*) *Dieses harte Urtheil über Peter den Großen und Rußland; diese gewagte Prophezeiung —: sie sind so alt, daß eine Widerlegung zu spät käme.*

Neuntes Kapitel.

Fortsetzung.

Wie die Grösse eines gut gebildeten Menschen Grenzen hat, über welche hinaus, die Natur nur Riesen oder Zwerge bildet, giebt es auch in Rücksicht auf die beste Verfassung eines Staates, gewisse Schranken seiner Ausdehnung: er muß nicht zu groß seyn, um gut regiert zu werden, und nicht zu klein, um sich selbst erhalten zu können. In jedem politischen Körper giebt es eine höchste Stufe der Macht, über die er nicht hinauf kann, und von welcher er oft durch Vergrößerungen herabsteigt. Je mehr das gesellschaftliche Band sich ausdehnt, desto schlaffer wird es, und ein kleiner Staat ist überhaupt verhältnißmäßig stärker als ein Großer.

Tausend Gründe beweisen diese Behauptung. Zuvörderst wird die Regierung schwieriger in einer grossen Entfernung, wie ein Gewicht schwerer wird am Ende eines längern Hebels. Auch drückender wird sie, je mehr ihre Abstufungen sich vervielfältigen. Jede Stadt hat ihre Regierung, die das Volk bezahlt; jede Landschaft die ihrige, die wieder das Volk bezahlt; dann jede Provinz; dann kommen die grossen Statthalterschaften, die Satrapien, alle haben ihre Regierungen, die man immer theurer bezahlen muss, je höher man steigt, und zwar immer auf Kosten des unglücklichen Volks: zuletzt kommt die oberste Verwaltung, die alles zu Boden drückt. So viele Ueberlasten erschöpfen unaufhörlich die Unterthanen; und weit gefehlt, dass diese von den verschiedenen Ordnungen der Obrigkeiten besser regiert werden sollten, geht es ihnen viel schlechter, als

wenn sie nur eine einzige über sich hätten. Indessen bleiben kaum einige Hilfsmittel für außerordentliche Fälle übrig, und wenn man zu denselben greifen muß, ist der Staat allezeit am Rande des Abgrundes.

Das ist noch nicht Alles. Die Regierung hat nicht nur weniger Stärke und Schnelligkeit die Beobachtung der Gesetze zu erzwingen, die Bedrückungen zu verhindern, den Misbräuchen abzuhelpen, den aufrührerischen Unternehmungen vorzubeugen, welche an entfernten Orten Statt finden können: sondern das Volk hat auch weniger Liebe für sein Oberhaupt, das es nicht kennt, für sein Vaterland, das in seinen Augen einer Welt gleicht, für seine Mitbürger, die ihm meistens fremd sind. Einerley Gesetze können nicht so vielen verschiedenen Provinzen angemessen seyn, die verschiedene

Sitten haben, unter entgegengesetzten Himmelsstrichen liegen und nicht einerley Regierungsform ertragen können. Abweichende Gesetze hingegen erzeugen nur Unruhe und Verwirrung bey Völkern, die unter einem Oberhaupte und in einer beständigen Verbindung leben, beständig zu einander kommen, sich unter einander verheyrathen und gleichwohl, da sie verschiedenen Gebräuchen unterworfen sind, niemals wissen, ob ihnen ihr Erbtheil sicher ist. In der Menge einander unbekannter Menschen, welche der Sitz der obersten Regierung an einem Orte versammelt, bleiben die Talente vergraben, die Tugenden unbemerkt, die Laster ungestraft. Die Oberhäupter erliegen unter Geschäften und prüfen daher nichts mehr selbst; Unterbeamte regieren den Staat. Endlich wird die ganze öffentliche Sorgfalt von den Maasregeln verschlungen, welche die Erhaltung

der allgemeinen Autorität erfordert, da so viele entfernte Beamte sich ihr zu entziehen oder sie zu hintergehen suchen. Dem Glücke des Volkes kann man keine Sorgfalt mehr widmen, kaum dafs man einige auf seine Vertheidigung im Nothfalle wenden kann. So sinkt also ein Körper der zu grofs für seine Verfassung ist, und wird von seiner eigenen Last zerschmettert.

Von der andern Seite mufs der Staat sich eine gewisse Grundlage verschaffen, um mit hinlänglicher Festigkeit den Erschütterungen, die ihm unvermeidlich drohen, widerstehen und die Anstrengungen ertragen zu können, die er zu seiner Erhaltung wird machen müssen. Denn alle Völker haben eine nach aussenstrebende Kraft, durch welche sie unaufhörlich auf einander wirken und sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu vergrößern suchen, wie die Wirbel des Cartesius. Die

schwachen laufen daher Gefahr, bald verschlungen zu werden und fast keines kann sich anders erhalten, als dafs es sich mit allen in eine Art von Gleichgewicht setzt, das den Druck von allen Seiten gleich macht.

Man sieht daraus, dafs es Gründe für die Ausbreitung, und andere für die Einschränkung giebt. Es ist nicht das kleinste Talent des Staatskünstlers, aus beyden das Verhältnifs zu finden, welches für die Erhaltung des Staates am vortheilhaftesten ist. Man kann im Allgemeinen sagen, dafs die erstern, als äufsere und relative, den andern untergeordnet seyn müssen, da diese innere und bestimmte Gründe sind. Eine sichere und starke Verfassung ist das Wichtigste: auch mufs man mehr auf die Kraft, die aus einer guten Regierung entspringt, rechnen, als auf die Hülfsmittel, welche ein grosses Gebiet darreicht.

Uebrigens hat es Staaten gegeben, in denen die Nothwendigkeit sich zu vergrößern einen Theil der Verfassung ausmachte, und die, um sich zu erhalten, gezwungen waren, unaufhörlich Eroberungen zu machen. Vielleicht freueten sie sich sehr über diese glückliche Nothwendigkeit, welche ihnen doch an dem Gränzpunkte ihrer Gröfse, den unvermeidlichen Augenblick ihres Falles zeigte.

Zehntes Kapitel.

Fortsetzung.

Man kann einen politischen Körper auf zweierley Arten messen: nemlich, nach der Ausdehnung seines Gebietes, und nach seiner Volksmenge. Beide Arten des Maassstabes stehen in einem gehörigen Verhältnisse, um die wahre Grösse des Staates zu bestimmen. Die Menschen machen den Staat aus, und der Boden ernährt die Menschen. Das Verhältniß besteht also darinn, daß das Land zum Unterhalt der Einwohner hinreiche, und daß so viele Einwohner da seyen, als das Land ernähren kann. In diesem Gleichmaasse liegt die höchste Stärke eines Volks von bestimmter Anzahl. Denn ist das Land zu aus-

gedehnt, so ist die Behauptung desselben lästig, die Bearbeitung nicht hinreichend, der Ertrag überflüssig: hierinn liegt die nächste Veranlassung zu Vertheidigungs-Kriegen. Ist es zu enge, so hängt der Staat in Rücksicht der nöthigen Erweiterung von der Willkühr der Nachbarn ab: das ist die nächste Veranlassung zu angreifenden Kriegen. Jedes Volk, das vermöge seiner Lage nur zwischen Handel und Krieg wählen kann, ist an und für sich schwach, hängt von den Nachbarn und den Vorfällen ab, und hat immer nur ein unsicheres und kurzes Daseyn. Es unterjocht und verändert seine Lage, oder wird selbst unterjocht und vernichtet. Nur durch Kleinheit oder Grösse kann es sich frey erhalten.

Man kann kein bleibendes Verhältniß zwischen der Ausdehnung eines Landes und der Volksmenge die für einander hinreichen

berechnen, sowohl wegen der Verschiedenheit in den Eigenschaften des Bodens, in den Graden seiner Fruchtbarkeit, in der Art seiner Produkte und in den Einflüssen des Klimas, als auch wegen der Mannigfaltigkeit in dem Temperament der Einwohner. Einige verzehren wenig in einem fruchtbaren Lande, andere viel auf einem undankbaren Boden. Auch auf die grössere oder geringere Fruchtbarkeit der Weiber muss man Rücksicht nehmen; auf das was in einem Lande der Bevölkerung günstig oder hinderlich ist; auf die Menge, die der Gesetzgeber durch seine Einrichtungen hoffen kann herbey, zu locken; so dass er sein Urtheil nicht auf dem was schon da ist, sondern auf dem was er vorherfieht, gründen, nicht bey dem gegenwärtigen Grade der Bevölkerung stehen bleiben, sondern auf den sehen muss, den sie der Natur gemäfs erreichen muss. Endlich giebt

es taufend Fälle, wo eigenthümliche Beschaffenheiten des Ortes fordern oder doch erlauben, daß man mehr Land einnehme, als nothwendig scheint. So wird man sich in einem gebirgigten Lande weit ausbreiten können, denn die natürlichen Produkte derselben, Holz und Viehweide, fordern weniger Arbeit; die Weiber sind daselbst, wie die Erfahrung lehrt, fruchtbarer, und ein weiter abschüssiger Erdstrich giebt nur eine kleine horizontale Grundfläche, die allein für die Vegetation in Anschlag gebracht werden kann. Am Strande hingegen kann man sich einschränken, selbst zwischen Felsen und fast ganz unfruchtbaren Sandstrichen: denn hier wird der Fischfang grösstentheils die Produkte der Erde ersetzen; auch müssen hier die Menschen mehr zusammengedrängt seyn, um die Seeräuber zurücktreiben zu können; und man hat mehr Gelegenheit, durch Co-

lonien das Land von den überflüssigen Einwohnern zu entlasten.

Zu diesen Bedingungen bey der Stiftung eines Volkes, muß man noch eine hinzufügen, die zwar keine der erstern ersetzen kann, ohne welche aber alle andere vergeblich sind. Ueberfluß nemlich und Friede muß herrschen. Denn zur Zeit seiner Einrichtung ist ein Staat, wie ein Bataillon in dem Augenblick, da es sich in Ordnung stellt, am wenigsten fähig zu widerstehen, und kann am leichtesten vernichtet werden. Bey der entschiedensten Verwirrung könnte man besser Widerstand leisten, als in dem Augenblicke der Gährung, wo jeder sich mit seiner Stelle und nicht mit der Gefahr beschäftigt. Ein Staat stürzt unausbleiblich zusammen, wenn ihn ein Krieg, eine Hungersnoth, ein Aufruhr im Augenblick der Krise überfällt.

Nicht etwa als wenn nicht viele Regier-

ungen grade während solcher Stürme wären eingeführt worden: aber dann sind es diese Regierungen selbst, die den Staat zerstören. Die Usurpatoren führen solche unruhige Zeiten herbey oder benutzen sie doch, um unter der Begünstigung des allgemeinen Schreckens schädliche Gesetze aufzudringen, die das Volk nie bey kaltem Blute angenommen hätte. Die Wahl des Augenblicks zur Einführung ist eins der sichersten Kennzeichen, an dem man das Werk eines Gesetzgebers von dem eines Tyrannen unterscheiden kann.

Welches Volk ist also fähig Gesetze zu empfangen? Ein solches das durch irgend eine Vereinigung des Ursprungs, des Interesse oder der Verabredung verbunden ist, ohne das wahre Joch der Gesetze getragen zu haben; ein solches, bey dem weder Gewohnheiten noch Aberglauben tief eingewurzelt sind; ein solches, das nicht fürchten darf, durch

einen plötzlichen Anfall niedergedrückt zu werden, und das, ohne sich in die Streitigkeiten seiner Nachbarn zu mischen, jedem derselben widerstehen oder einen durch den andern zurücktreiben kann; ein solches, in dem jedes Glied allen andern bekannt seyn kann, und bey dem man nicht nöthig hat, einem Einzelnen Lasten aufzulegen, die ein Mensch nicht tragen kann; ein solches, das aller andern Völker entbehren kann und dessen kein anderes bedarf; *) ein solches, das weder reich

*) *Wenn von zweyen benachbarten Völkern das eine das andere nicht entbehren könnte, so wäre dieß für das erste eine sehr drückende, für das andere eine sehr gefährliche Lage. Jede weise Nation wird sich in dem Falle bemühen das andere so schnell als möglich von dieser Abhängigkeit zu befreyen. Die Republik Thlaskala lag mitten im Mexikanischen Reiche, und be-*

noch armist, und sich selbst genug seyn kann: kurz dasjenige, das die Consistenz eines alten Volks mit der Gelehrigkeit eines neuen verbindet. Nicht sowohl was man einführen als was man ausrotten muß, macht das Geschäft der Gesetzgebung schwierig, und die Unmöglichkeit, die Einfachheit der Natur mit den Bedürfnissen der Gesellschaft vereinigt zu finden, macht den glücklichen Erfolg so selten. Es ist wahr, alle diese Bedingungen sind selten vereinigt: auch sieht

schloss, lieber dem Salze zu entsagen, als es von den Mexikanern zu kaufen, ja sogar es umsonst von ihnen anzunehmen. Die weisen Thlaskalaner sahen den Fallstrick, den diese Freygebigkeit verbergen sollte. Sie erhielten sich frey, und ihr kleiner Staat war endlich das Werkzeug zum Untergange jenes grossen Reiches, das ihn umgab.

man wenige Staaten, die eine gute Verfassung haben.

Es giebt in Europa noch ein Land, das einer Gesetzgebung fähig ist; die Insel Korfika. Die Tapferkeit und Beharrlichkeit, mit der dieses muthige Volk seine Freyheit wieder zuerlangen und zu vertheidigen wufste, verdiente wohl, dafs irgend ein weiser Mann es unterrichtete, wie es sie erhalten könnte. Mir ahndet fast, dafs diese kleine Insel einst Europa in Erstaunen setzen wird.

Eilftes Kapitel.

Von den verschiedenen Systemen der Gesetzgebung.

Wenn man untersucht, worinn eigentlich das höchste Gut besteht, das der Zweck jedes Systems der Gesetzgebung seyn muß, so wird man finden, daß es sich auf diese beyden Hauptgegenstände beschränkt, Freiheit und Gleichheit: Freiheit, weil durch jede Privat-Abhängigkeit der Staat einen Theil seiner Kraft einbüßet; Gleichheit, weil Freiheit ohne diese nicht bestehen kann.

Ich habe schon gesagt, was die staatsbürgerliche Freiheit sey. Unter Gleichheit muß man nicht verstehen, daß alle einen Grad von Macht und Reichthum besitzen sollen, sondern daß kein Staatsbürger

mächtig genug sey, Gewaltthätigkeiten auszuüben, oder seine Macht anders als durch seinen Rang und den Gesetzen gemäß brauchen könne; daß keiner ferner, reich genug sey, einen andern zu erkaufen, und keiner so arm, sich verkaufen zu müssen.*) Dieß setzt von der Seite der Großen einen mäßigen Grad des Vermögens und Ansehens,

*) *Wollet ihr also dem Staate Festigkeit geben? Nähert die äußersten Grade einander so sehr es möglich ist; leidet weder Reiche noch Bettler. Diese beyden, von Natur unzertrennlichen Stände, sind dem Gemeinwohl gleich nachtheilig. Der eine bringt Beförderer der Tyranney, der andere Tyrannen hervor. Aliezeit sind sie es, unter denen die Versleigerung der Freiheit getroffen wird. Der eine kauft sie, der andere giebt sie hin.*

von Seiten der Kleinen, einen mässigen Grad des Geizes und der Habgier voraus.

Diese Gleichheit, sagt man, ist eine spekulative Hirngeburt, die niemals wirklich werden kann. Aber wenn der Misbrauch unvermeidlich ist, folgt daraus, dass man ihn nie beschränken muss? Eben weil die Kraft der Sachen an Zerstörung der Gleichheit arbeitet, muss die Kraft der Gesetzgebung immer zu ihrer Erhaltung wirken.

Aber diese allgemeinen Gegenstände jeder guten Einrichtung, muss in jedem Lande anders angeordnet werden, nemlich nach den Verhältnissen, die aus der örtlichen Lage und aus dem Charakter der Einwohner entspringen. Diesen Verhältnissen gemäss muss man jedem Volke ein besonderes Verfassungssystem anweisen, das, vielleicht nicht an sich selbst, aber doch für den Staat dem es bestimmt wird, das beste ist. Ist zum Beyspiel,

der Boden undankbar und arm, oder ist das Land zu enge für seine Bewohner? Befördert Künste und Kunstfleiß, deren Produkte ihr gegen die Waaren die euch fehlen vertauschen könnt. Besitzt ihr hingegen reiche Ebenen und fruchtbare Anhöhen? Fehlen euch Einwohner bey einem guten Boden? Wendet eure ganze Sorgfalt auf den Ackerbau, der die Menschen vermehrt, und verjagt die Künste: sie würden das Land nur völlig entvölkern, indem sie seine wenigen Bewohner auf einige Punkte des Gebietes zusammen häuften. *) Besitzt ihr weite und bequeme Küsten? Bedeckt das Meer mit Schiffen, befördert den Handel und die Schif-

*) *Mancher Zweig des äufsern Handels, sagt der M. d'A. gewähret dem Reiche im allgemeinen nur einen scheinbaren Nutzen, Einzelne Menschen, so gar einzelne Städte kann er be-*

fahrt: eure Existenz wird glänzend und kurz seyn. — Bspühlt das Meer an euren Gestaden nur Felsen, die fast keinen Zugang gestatten? Bleibt rohe Fischer: ihr werdet nur um so ruhiger leben, vielleicht besser, gewiss glücklicher seyn. Mit einem Worte, außer den gemeinschaftlichen Grundregeln, enthält jedes Volk eine innere Ursache, die jene auf eine besondere Art anzuwenden befiehlt, und ihm seine Gesetzgebung eigenthümlich macht. So war vorzeiten bey den Hebräern, und vor kurzem bey den Arabern, die Religion der Hauptgegenstand; bey den Athenienfern waren es die Wissenschaften, in Carthago und Tyrus war es der Handel, in Rhodos die Seemacht, in Sparta der

reichern, aber die ganze Nation gewinnt nichts dabey, und das Volk befindet sich nicht dadurch gebessert.

Krieg und in Rom die Tugend. Der Verfasser vom Geist der Gesetze hat in einer Menge von Beispielen gezeigt, durch welchen Kunstgriff der Gesetzgeber die Einrichtung auf jeden Gegenstand zu richten weifs.

Um die Verfassung eines Staats wahrhaft fest und dauerhaft zu machen, müssen die Schicklichkeiten so beobachtet werden, daß die natürlichen Verhältnisse und die Gesetze immer einstimmig sind, und daß die Letztern jene nur, so zu sagen, bestätigen, begleiten, berichtigen. Aber wenn der Gesetzgeber sich in seinem Gegenstande irrt, wenn er von einem Grundsatz ausgeht, der mit der Natur der Sachen in Widerspruch steht; wenn der eine auf Knechtschaft, die andere auf Freiheit abzweckt; der eine auf Reichthum, die andre auf Bevölkerung; jener auf Frieden, diese auf Eroberungen: dann müssen die Gesetze allmählig ihre Kraft verlieren;

die Verfassung muß sich verändern und der Staat wird in unaufhörlicher Unruhe seyn, bis er zerstöhrt oder verwandelt ist und die unüberwindliche Natur ihre Herrschaft wieder erlangt hat.

Zwölftes Kapitel.

Eintheilung des Gesetzes.

Um das Ganze zu ordnen, oder dem Gemeinwesen die bestmögliche Gewalt zu geben, müssen verschiedene Arten der Beziehung in Betracht gezogen werden. Zuvörderst die Wirkung des ganzen Körpers auf sich selbst; das heisst, das Verhältniß des Ganzen zum Ganzen, oder des Souverain zum Staate. Dieses Verhältniß wird durch das Verhältniß der Zwischenglieder gebildet, wie wir hernach sehen werden.

Die Gesetze welche dieses Verhältniß bestimmen, heißen Staatsgesetze; sie werden auch Grundgesetze genannt, und zwar mit einigem Rechte, wenn sie weise sind. Denn wenn es in jedem Staate nur eine gute Art der Einrichtung giebt, so muß das Volk, das sie ausgefunden hat, bey derselben bleiben: ist aber die eingeführte Ordnung schlecht, warum sollte man das als ein Grundgesetz ansehen, was sie verhindert, gut zu seyn? Ueberdem ist in jedem streitigen Falle das Volk berechtigt, seine Gesetze, selbst die besten, abzuändern: denn, wenn es ihm beliebt, sich selbst zu schaden, wer hat das Recht, es daran zu hindern?

Das zweite ist die Verbindung der Glieder unter sich oder mit dem ganzen Körper. Die erste Verbindung muß so sehr beschränkt, und die andere so sehr ausgedehnt werden,

als es möglich ist , so das jeder Staatsbürger von allen andern völlig unabhängig, von dem Staate aber im höchsten Grade abhängig sey. Beides erlangt man immer durch einerley Mittel; denn nur die Stärke des Staates bewirkt die Freyheit seiner Glieder. Aus diesem zweiten Verhältnisse entspringen die bürgerlichen Gesetze.

Man kann eine dritte Art der Verbindung zwischen dem Menschen und dem Gesetze annehmen, nemlich zwischen dem Ungehorsam und der Strafe. Diese veranlaßt die Einführung der Strafgesetze, die im Grunde nicht so wohl eine besondere Art von Gesetzen, als vielmehr die Gewährleistung für alle andere sind.

Zu diesen drey Arten von Gesetzen kommt eine vierte, die wichtigste von allen, die nicht in Marmor oder Erz, sondern in

das Herz der Staatsbürger eingegraben wird. Sie ist die wahre Staatsverfassung; täglich erlangt sie neue Stärke, und wenn die andern Gesetze veralten oder vertilgt werden, befehlt sie dieselben von neuem oder vertritt ihre Stelle; sie erhält im Volke den Geist seiner Verfassung, und spielt unvermerkt den Scepter der Gewalt in die Hände der Gewohnheit. Ich rede von den Sitten, den Gebräuchen und vorzüglich von der Volksmeinung. Dieser Theil der Verfassung ist unsern Staatskünstlern unbekannt, aber der Erfolg aller andern hängt von ihm ab. Dieser Theil beschäftigt den grossen Gesetzgeber insgeheim, indess er sich auf einzelne Anordnungen einzuschränken scheint, die nur den Kranz des Gewölbes ausmachen, dessen unerschütterlichen Schluss endlich die langsamern Sitten vollenden.

Von diesen verschiedenen Klassen stehen die Staatsgesetze, welche die Regierungsform bestimmen, allein mit meinem Gegenstande in Verbindung.

Hume, David, 1711-1776 / Rousseau, Jean-Jacques, 1712-1778 / Merkel,
Garlieb Helwig, 1769-1850

Hume's und Rousseau's Abhandlungen über den Urvertrag

Bd.: 1

Leipzig (1797)

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.nat.o.28-a#1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11706842-0
VD18 80266983-001